

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Puzer- und Struckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofensezer, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1.— RM. (ohne Bestellgeld). Bestellungen nur durch die Post. Schluss des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund
Berlin SW 48, Friedrichstraße 5.6. Fernsprecher:
A 7 Dönhoff 7650, 7651, 6240. Postcheckkonto: Berlin 652.32.

Preise für Geschäftsanzeigen nach Tarif.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten,
Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentrale.

Ein unheilvoller Schiedsspruch.

Im vorigen „Grundstein“ konnten wir unserer Meinung zum Endschiedsspruch im Berliner Metallgewerbestreit nur noch in ganz kurzer Form Ausdruck geben. Diese Meinung war nicht etwa übereilt. Wir hatten in vollem Umfange aufrecht, was wir da gesagt haben. Auch von unserem scharfen Urteil über die Stellungnahme Dr. Singheimers können wir nichts zurücknehmen, obwohl er inzwischen eine Erklärung veröffentlicht hat, in der er seine Zustimmung zu diesem unheilvollen Schiedsspruch verständlich zu machen versucht. Diese Erklärung lautet:

„Ich habe keine Bedenken, mich darüber zu äußern, aus welchem Grunde ich dem Schiedsspruch der Berliner Metallindustrie zugestimmt habe. Ich habe für den Schiedsspruch nicht deswegen gestimmt, weil ich grundsätzlich eine Lohnsenkung als das Mittel für eine Überwindung der Krise ansehe. Im Gegenteil teile ich in der grundsätzlichen Frage nach der volkswirtschaftlichen Berechtigung von Lohnsenkungen in der gegenwärtigen Lage alle Bedenken, die bereits von wissenschaftlicher Seite dagegen erhoben worden sind. Ich bin auch nicht für eine Lohnsenkung in dem ausgesprochenen Ausmaß eingetreten, sondern habe im Gegenteil einen von dem früheren Schiedsspruch abweichenden Standpunkt vertreten, nicht nur, was die Höhe der Lohnsenkung, sondern auch, was ihren Beginn und ihre Staffelung anlangt. Erst als ich mich im Schiedsgericht davon überzeugen mußte, daß eine Lohnsenkung in Höhe von 8% mit sofortiger Wirkung geplant war, stand ich vor der Frage, ob ich eine solche Lohnsenkung in diesem hohen Ausmaß mit sofortiger Wirkung durch Mehrheitsentscheid des Schiedsgerichts eintreten lassen oder ob ich mit meiner Stimme wenigstens eine zeitliche hinauschiebung dieser Senkung zu erreichen suchen sollte. Ich bin den letzten Weg gegangen, um die sofortige Lohnsenkung um 8% zu verhindern.“

Schließlich weise ich darauf hin, daß es keineswegs die Auffassung des Schiedsgerichts war, den Entschcheid in der Berliner Metallindustrie als eine Norm für Lohnsenkungen in anderen Gewerbebezügen und Orten anzusehen. Die Begründung des Schiedspruches weist darauf hin, daß sie eine solche Bedeutung des Schiedspruches ausdrücklich ablehnt.“

Was soll das heißen? Dr. Singheimer erklärt, er habe für das kleinere Übel gestimmt. Hätte er das nicht getan, so wäre gegen seine Stimme auf 8% Lohnabbau mit sofortiger Wirkung erkannt worden. Demnach war dem Vorsitzenden, Dr. Brauns, an einem einstimmigen Schiedsspruch gelegen, weshalb er in der angegebenen Richtung auf Dr. Singheimer einen Druck ausgeübt hat. Dazu wäre zu sagen, daß sich Dr. Singheimer darauf auf keinen Fall einlassen durfte. Zudem ist der letzte Absatz in seiner Erklärung unzutreffend. Jawohl, der Schiedsspruch hat sich nicht nur die Begründung des ersten Schiedspruches zu eigen gemacht; es wurde auch erklärt, die Schlichter seien sich „bewußt, daß ihr Schiedsspruch eine über die Beilegung des vorliegenden Streiffalles hinausgehende grundsätzliche Bedeutung“ habe. Wenn sie sich dann im nächsten Absatz widersprechen und sagen, es solle damit „nicht gesagt sein, daß die Einzelheiten dieses Schiedspruches schematisch auf andere Fälle übertragen werden könnten“, so ist das einer der vielen Widersprüche, deren sich Juristen in Schiedsprüchen öfters schuldig machen. Jeder kann dann aus solchen Schiedsprüchen herauslesen, was ihm paßt. Was die Schlichter und Unternehmer aus diesem Schiedsspruch herauslesen werden, darüber dürfte es keinen Zweifel geben.

Wir bedauern die Stellungnahme Dr. Singheimers auf das tiefste. Das Hinausschieben der vollen Auswirkung von 8% Lohnabzug um neun Wochen rechtfertigt seine Zustimmung zu dem Schiedsspruch keineswegs. Er hätte sich ruhig überstimmen lassen sollen. Nunmehr brüsten sich die Unternehmer damit, dieser Fehlspruch sei einstimmig gefaßt worden, auch der Vertrauensmann der Arbeiter habe dafür gestimmt, womit erwiesen sei, daß der Lohnabbau wirtschaftlich und lohnpolitisch vollauf gerechtfertigt sei.

Diese unsere Ansicht wird unterstrichen durch die Stellungnahme des inzwischen zusammengetretenen Beirats des Deutschen Metallarbeiterverbandes. In der von ihm angenommenen Entschließung heißt es, der jetzt gefällte Schiedsspruch habe alle Erwartungen so gewaltig enttäuscht, daß man nur ein Gefühl der Empörung über dieses Urteil haben könne. Dieser Schiedsspruch sei ein Verstoß gegen Treu und Glauben. Nachdem der erste Schiedsspruch des Schlichters Dr. Voelkers von der Arbeiterschaft einstimmig abgelehnt worden sei, mußte es als unmöglich erscheinen, daß nach dem opferreichen Streik derselbe Schiedsspruch von der neuen Schlichterkammer wiederkehren könnte. Kein Mensch in ganz Deutschland werde diesen Schiedsspruch verstehen, weil er in vollkommener Weise alles unberücksichtigt läßt, was seit der Fällung des ersten Schiedspruches geschehen ist. Nach wie vor sei der Metallarbeiterverband gegen jeden Lohnabbau. Bei der Beratung des Beirats kam immer wieder die besondere Enttäuschung darüber zum Ausdruck, daß dieser vorher für vollkommen unmöglich gehaltene Schiedsspruch zustande gekommen sei mit der Stimme des Professors Singheimer.

Wir haben dem nichts mehr hinzuzufügen. Zur weiteren Rechtfertigung unseres Standpunktes und im Interesse der allgemeinen Aufklärung sei jedoch dieser Schiedsspruch seiner prinzipiellen Bedeutung wegen noch besonders unter die Lupe genommen. Wir sind nach wie vor der unerschütterlichen Meinung, daß ein Lohnabbau das allerungeeignete Mittel zur „Ankurbelung“ der Wirtschaft ist. Aber wenn nun schon das Schiedsrichterkollegium der falschen Meinung war, nur durch Lohnabbau könne die deutsche Wirtschaft genesen, so hätte es erst die Wirkung des schon tausendmal vergeblich angekündigten Preisabbaues abwarten müssen und nicht vollständig voraussetzungslos schon für den Januar und für später entscheiden dürfen. Man hätte es von seinem Standpunkt aus verstehen können, wenn es entschieden hätte, daß die alten Löhne zunächst bestehen bleiben und man im Januar nochmals zusammentreten wolle, um dann zu prüfen, was mittlerweile im Preisabbau geschehen sei, um dann in der Frage eines etwaigen Lohnabbaues nochmals zu beschließen. Natürlich hätte man dann das Verhältnis zwischen Lohnsenkung und Preisenkung einwandfrei feststellen müssen. Aber man erkannte einfach sofort auf 3% und auf weitere 5% Lohnabbau im Januar, ohne Rücksicht darauf, wie sich bis dahin der Preisabbau ausgewirkt haben möge. Man bestätigte einfach den ersten Schiedsspruch, als ob dazwischen kein vierzehntägiger Streik und die Zusage gelegen hätte, nochmals und gründlich die gesamte Materie durchzuprüfen. Immerhin, man hat erneut geprüft. Man hat vielleicht auch gründlich geprüft. Aber wie es scheint, nur die Unterlagen der Unternehmer und ihrer Syndizi. Geprüft hat man nicht, ob dieser Lohnabbau denn überhaupt für die Arbeiterschaft wirtschaftlich tragbar sei. Das war Nebensache. Nur die durch irgendwelche Zahlenreihen gestützten „Belange“ der Unternehmer waren ausschlaggebend. Natürlich jubelt die Unternehmerpresse über diesen Sieg des „Prinzips“. Wenn einige dieser Blätter an dem Schiedsspruch herum-mäkeln, so ist das nur Außenfassade. Aber was ist denn nun mit diesem Schiedsspruch erreicht?

Politisch betrachtet ist dieser Schiedsspruch munter plätscherndes Wasser auf die Mühlen der extremen Parteien. Sie werden diesen völlig parteiisch und einseitig zugunsten der Unternehmer gefällten Schiedsspruch weidlich ausnutzen und den Arbeitern auseinanderzusetzen suchen, daß die Gewerkschaftsbewegung und das ganze Schlichtungsverfahren nicht

die Bohne wert sei. Der Schiedsspruch macht die Arbeiter wankelmütig in ihrer politischen Auffassung. Die breite Masse der Arbeiterschaft, die die Zusammenhänge nur oberflächlich betrachtet, sucht ob dieses blamablen Ausgangs des Schlichtungsverfahrens Sündenböcke. Sie begreift nicht, daß Lohnfragen Machtfragen sind. Sie sucht den Sündenbock an der falschen Stelle und rätsoniert über die Führer, die wahrhaftig alles getan haben, um diesem Kampf einen leidlichen Ausgang zu geben, und die nur des einen Fehlers schuldig sind, sich bei der Wahl ihres Vertreters im Schiedsgericht verhasen zu haben. Die Berliner Metallarbeiter hatten den Streik in der festen Hoffnung auf einen erträglichen Schiedsspruch abgebrochen. Die nunmehr ausgebrochene große Enttäuschung und Empörung kommt nicht nur den extremen Parteien zugute, sie erschüttert auch das bisher allgemein hochgehaltene Vertrauen zum Schlichtungsverfahren. Stegerwald erscheint heute als der beste Propagandist extremer Parteianschauungen.

Betrachten wir nunmehr die wirtschaftliche Seite dieses Kampfergebnisses. Der Schiedsspruch kann keineswegs die Hoffnung auf vergrößerten volkswirtschaftlichen Absatz, auf vergrößerte volkswirtschaftliche Produktion rechtfertigen. Dagegen stehen ärgste Befürchtungen für einen weiteren Umfangrückgang in Aussicht, zumal ja in diesem Schiedsspruch gesagt wird, er habe grundsätzliche Bedeutung. Man redet immer von der Notwendigkeit der Selbstkostenenkung in der Produktion. Die Reichsregierung und die Unternehmer haben sich dabei in einer Psychose verstrickt, in der man die nackten Tatsachen nicht mehr erkennt. Der größte Kunde der deutschen Produktion ist die Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger. Vom ganzen Volkseinkommen entfallen auf sie etwa 60%; von allem, was in ganz Deutschland für Konsumprodukte ausgegeben wird, entfallen auf Arbeiter und Angestellte reichlich drei Viertel. Verkürzt man diesen Kunden das Einkommen, so schränkt man damit ihre Käufe ein, und zwar in weit höherem Maße, als man gewöhnlich annehmen möchte. Jedes Arbeiterbudget besteht zu etwa einem Viertel aus Wohnungskosten, zu einem anderen Teil aus nicht freiwillig beschränkten Ausgaben. Die Ausgabenbeschränkung, bedingt durch einen Lohnabbau, muß also auf den verbleibenden übrigen Teil des Arbeiterbudgets verteilt werden. Dieser ist der eigentliche Konsumfonds, und hier sind es, wenn 8% vom Lohn abgebaut werden, weit mehr als diese 8%, die daran gekürzt werden müssen.

Nun könnte allerdings diese Kaufkraftbeschränkung ausgeglichen werden durch Senkung der Preise. Aber wie sieht es denn damit aus? Die Regierung, die einem allgemeinen Lohnabbau das Wort redet und die Schlichter im Lande in dieser Richtung beeinflusst, steht ohnmächtig gegenüber den Produzenten. Zu einer einschneidenden Einflußnahme auf die Preisgestaltung fehlt der Reichsregierung die Energie. Was in dieser Richtung bisher unternommen wurde, ist eitel Spiegelfechtere. Von einem Eingriff der Reichsregierung auf die kartellgebundenen Preise hört man schon gar nichts mehr. Und was bedeutet es denn, wenn durch das Eingreifen des Reichswirtschaftsministers der Brotpreis um 4% gesenkt werden soll, der Milchpreis um 1%, der Preis des Schweinefleisches um 5%? Das sind für eine mittlere Familie etwa 40% Einsparung je Woche. Zudem hat man an diese „Preissenkung“ allerlei Bedingungen geknüpft und sie zeitlich begrenzt. Es entbehrt überhaupt nicht der Komik, zu beobachten, wie in den diversen Interessentenhäufen der Kleinrentner und Kleinverkäufer jetzt alles durcheinanderwirbelt. Jede Händlergruppe übt sich in den gewagtesten Gehirnverrenkungen,

um darzutun, daß sie nicht imstande sei, die Preise irgendwie in beachtenswerter Weise oder dauernd zu senken. Schon sind die Schweinepreise je Zentner Lebendgewicht wieder um 5,— M gesunken und die Schlächtermeister weigern sich dennoch, im Kleinverkauf mit den Preisen besonders nachzulassen. Genau so steht es im Milchhandel und bei den Bäckermeistern. Und dabei sind die Preisspannen vom Produzenten zum Händler vielfach ganz ungeheuerlich. Man erzählt, der Landwirt erhalte für seine Kartoffeln höchstens 1,— M je Zentner; aus eigener Erkundung wissen wir, daß in kleinen Orten vor den Toren Berlins der Landwirt den Zentner Kartoffeln für 1,60 M frei Keller liefert, in der Großstadt nimmt man im Kleinverkauf dafür fast das Doppelte. Alle aber schreien, im Preise nichts nachlassen zu können; alle wollen den Pelz waschen, ohne ihn naß zu machen. Und hier versagt die Regierung mit durchgreifenden Maßnahmen! Es ist verhältnismäßig leicht, den Arbeitern einen Lohnabzug aufzuzwingen; aber den diversen Interessentenhaufen etwas vom Ueberprofit abzuwickeln, das verhindern allerlei politische Rücksichten.

Doch nehmen wir einmal an, die Konsumpreise würden sogar um einige Prozent mehr gesenkt als die Löhne. Dann hätten Industrie und Landwirtschaft wieder die frühere Absatzsumme in Waren aller Art an ihre Kundschaft erreicht. Wäre denn aber damit der Wirtschaft geholfen? Die Wirtschaft stagniert doch deswegen, weil zu wenig Kaufkraft vorhanden ist. Es wäre demnach doch nötig, mehr Kaufkraft zu schaffen. Eine Senkung der Löhne und Preise, wobei der Reallohn gleich bliebe, ließe alles beim alten und die Wirtschaftskrise würde in keiner Weise behoben. Man verlasse sich nicht auf das Ausland, es nimmt normalerweise knapp ein Achtel der deutschen Produktion auf, steckt aber selbst in der Krise, so daß es für eine verstärkte Aufnahme deutscher Erzeugnisse nicht in Frage kommt. Zudem würde stark forciertes deutscher Export zu Gegenmaßnahmen im Ausland führen. Von dieser Seite her ist also wenig zu erwarten.

Kein Kunde ist demnach auch nur annähernd so bedeutend für den Absatz der deutschen Produktion wie die deutsche Arbeiter- und Angestelltenchaft. Schwächt man ihr Einkommen durch Lohnsenkungen und stehen dem nicht entsprechend größere Preissenkungen gegenüber, so verläuft sich die deutsche Wirtschaft immer mehr in der Sackgasse der Wirtschaftskrise.

Im Klein- und Lebensmittelhandel wäre eine erhebliche Preissenkung nicht nur geboten, sie wäre auch über alle Maßen möglich. Aber auch bei dieser Sorte Mittelstand ist — wie schon erwähnt — eine gewisse Psychose zu bemerken. Die Kleinhandelsaufschläge sind heute unerhört hoch, sie stehen weit höher denn je. Der Grund für die gewaltige Höhe der Kleinhandelsaufschläge ist die Ueberfüllung, die Ueberfüllung des Kleinhandels, des Bäcker- und Fleischerhandels. Wer irgend konnte, hat einen Laden aufgemacht und sucht

sich nun durch maßlos erhöhte Preise zu halten. Der Konsument muß heute in den Kleinhandelspreisen für Hunderttausende von Menschen in zehntausenden überfülliger Läden eine Art unproduktiver Erwerbslosenfürsorge zahlen. Wird also auf diesem Gebiete durch energische Maßnahmen nicht durchgegriffen, so bleibt von der ganzen Verbilligung der Gesamtproduktion nur übrig der Lohnabbau für Arbeiter und Angestellte. Und das führt Deutschland nicht aus der Wirtschaftskrise heraus, sondern noch mehr in den Schlamassel hinein.

Wir sagten vorhin, in der Unternehmerpresse herrsche eitel Freude über den Schiedspruch im Berliner Metallgewerkekonsflikt, vor allem über die Wendung in der Begründung, daß dieser eine grundsätzliche Bedeutung habe. Damit glaubt man, daß nunmehr die Bahn frei sei für einen Lohnabbau auf der ganzen Linie. Wie sich dieser Lohnabbau auswirken würde, haben wir eingehend dargestellt. Es sieht wahrhaftig so aus, als wenn heute die Gewerkschaften nur noch die einzige Berufenen wären, dieser verderblichen Unternehmer- und Regierungspolizei ein entschiedenes Paroli zu bieten. Nur in den Gewerkschaften, in der Sozialdemokratie und bei einer Handvoll bürgerlichen Volkswirtschaftlern ist noch wirtschaftliche Vernunft anzutreffen. Die Arbeiter und Angestellten mögen deshalb ihre Organisationen stärken, um einer solchen allgemein drohenden wirtschaftlichen Unverantwortlichkeit die Spitze bieten zu können. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß die Löhne im jetzigen Stadium der Wirtschaft nicht gesenkt werden dürfen. Und selbst wenn es zu einem nennenswerten Preisabbau käme, dann dürften dennoch — wiederum im Interesse der Wirtschaft — die Löhne nicht gesenkt werden. Die deutschen Löhne und Gehälter sind niedriger als die Löhne und Gehälter in allen anderen ausschlaggebenden Industrieländern. Zudem sind dort die Lebensmittel billiger. Was also in Deutschland fehlt, das ist genügende Kaufkraft. Und daß diese Kaufkraft verbessert werde, dazu sind die Gewerkschaften berufen. Mit aller Kraft werden sie sich wenden gegen die unheilvollen Bestrebungen der Reichsregierung und des Unternehmertums auf Senkung der Löhne. Schon frohlockt man Lohnabbaufrühen in der Unternehmerpresse, daß zum 1. Januar für Hunderttausende von Arbeitern und Angestellten die Lohnsätze ablaufen, für über eine Million Arbeiter und Angestellte zum 1. April nächsten Jahres. Und schon spitzt man sich darauf, diesen Arbeitern und Angestellten in gleicher Weise mitzuspülen zu wollen, wie den Berliner Metallarbeitern. Deshalb seid auf der Wacht! Die deutschen Gewerkschaften kämpfen, wenn sie die unheilvollen Lohnabbaupläne der Unternehmer und der Reichsregierung illusorisch zu machen suchen, nicht nur für die Erhaltung der Löhne, sondern damit zugleich gegen jede Verschärfung und für die Abschwächung der Wirtschaftskrise!

Vorstand des ADGB. und Berliner Metall-Schiedspruch.

Der Vorstand des ADGB. hat am 13. November nach eingehender Beratung zu dem Ausgang des Konfliktes im Berliner Metallgewerbe eine Entschliebung angenommen, die sich vollständig deckt mit unserer im Leitartikel dargelegten Auffassung. Die Entschliebung lautet:

„Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erblickt in dem neuen Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie das Ergebnis der falschen und in ihren praktischen Folgen verderblichen Auffassung, daß die Senkung der Löhne einen Weg zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise und zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit darstellt.“

Im Gegensatz zu dieser Auffassung haben die Gewerkschaften stets die Meinung vertreten, daß eine durch Lohnkürzungen bewirkte Schmälerung der Kaufkraft breiter Schichten der Bevölkerung den Absatz vermindern, die Krise verschärfen, die Arbeitslosigkeit vermehren muß. Diesen Standpunkt, der von geachteten Kreisen des öffentlichen Lebens und der Wissenschaft geteilt wird, hält der Bundesvorstand aufrecht.

Wie der Bundesvorstand des ADGB., ausgehend von dieser Erkenntnis, in seiner Sitzung vom 13. Oktober 1930 gegen die Verbindlichkeitsklärung des ursprünglichen Schiedspruches Verwahrung eingelegt hat, so erhebt der Bundesvorstand entschieden Protest gegen die Wiederherstellung dieses von den Berliner Metallarbeitern bekämpften, von der gesamten Gewerkschaftsbewegung und von einem großen Teil der öffentlichen Meinung abgelehnten Schiedspruches durch die Entscheidung des Schiedsgerichtes vom 8. November.

Gegen das Schiedsgericht richtet der Bundesvorstand den Vorwurf, daß es die Interessen der Arbeiterschaft, die Forderungen der Gewerkschaften und die Stimme der öffentlichen Meinung unbeachtet gelassen und bei seiner Entscheidung einseitig den Einfluß der Unternehmerinteressen nachgegeben hat.

Der Bundesvorstand kann auch nicht anerkennen, daß die den Berliner Metallarbeitern auferlegte erhebliche Lohnkürzung eine Rechtfertigung in der von der Regierung geführten Aktion zur Senkung der Preise findet. Er ist vielmehr der Ansicht, daß die bisher erfolgten und in Aussicht gestellten Preissenkungen als Ausgleich für die Lohnkürzung völlig belanglos sind. Zwischen der Rückfälligkeit, mit der die regierenden Kreise den Lohnabbau betreiben, und dem geringen Einfluß, den sie auf die Gestaltung der Preise ausüben vermögen, besteht ein Mißverhältnis, das aufreizend wirken muß. Es ist in keiner

Weise zu rechtfertigen, von der Arbeiterschaft schwere Opfer zu fordern in einem Augenblick, in dem wirtschaftlich leistungsfähigere Kreise die Scheu, zur Förderung des Gemeinwohles Opfer auf sich zu nehmen, unverhüllt erkennen lassen.

Der Schiedspruch hat die nachteiligsten Folgen für die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden bei künftigen Arbeitskonflikten. Er erhöht das Mißtrauen der Arbeiterschaft gegen den unparteiischen Charakter des Schlichtungswesens, verschärft die Gegensätze in kommenden Arbeitskämpfen, steigert die Erbitterung, mit der sie geführt werden, und erschwert ihre Beilegung durch das Mittel der Schlichtung.

Den Arbeitern muß der Schiedspruch vor allem zeigen, daß ihre Stärke auf ihrer Geschlossenheit beruht. Der Bundesvorstand erinnert die Arbeiter daran, daß es keinen anderen Weg gibt, ihre Rechte zur Geltung zu bringen, als einig zu sein, jede Zersplitterung abzuwehren und ihre ganze Kraft für die Festigung ihrer Organisation einzusetzen.“

Die Lohnabbaufrühe.

Jedesmal, wenn die westdeutschen Schwerindustriellen zusammenkommen, kann man darauf rechnen, daß die Oeffentlichkeit von Scharfmachern Worten größter Art erfüllt wird. Die westdeutsche Schwerindustrie hat von jeher rücksichtslos die Interessen des Unternehmertums zum Ausdruck gebracht. In einer Kundgebung am Anfang November rühmte der Vorsitzende den Mut zur Unpopulartät als besondere Eigenschaft. Man sprach von Opfern, die jeder zu bringen habe, wobei man begreiflicherweise vor allem an die Opfer des arbeitenden Volkes dachte. Wie die Schwerindustrie über die Opfer denkt, kann aus einem Satz der Eröffnungsrede herausgesehen werden. Nachdem Dr. Spingorum von den Absichten der Reichsregierung gesprochen hatte, sagte er: „Ich denke hier namentlich an den angekündigten Abbau der Subventionspolitik, der von den betroffenen Wirtschaftszweigen und Einzelunternehmungen gewiß Opfer schwerster Art fordert, Opfer, die bis zur Preisgabe ihrer Existenz gehen können.“ Also die Einstellung der staatlichen Unterstützung einzelner Wirtschaftszweige und Unternehmungen erachten diese Herren als „Opfer schwerster Art“. Sie scheinen es gewohnt zu sein, aus öffentlichen Mitteln unterstützt zu werden.

Ueber die Bedeutung der Preissenkung für Volks- und Weltwirtschaft sprach der bekannte Textilindustrielle

Müller, Verlinghausen. Zitieren wir aus dieser Rede einen Satz: „Die Bilanz einer echten Preissenkungsfaktion führt zu dem Ergebnis, daß bei richtiger Ansetzung aller Kräfte ein 20prozentiger Lohn- und Gehaltsabbau fast ausschließlich ohne jede Einschränkung der Gesamtkaufkraft durchführbar ist und allein in diesem Ausmaß von durchgreifender Wirkung nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch auf den Zins- und Kapitalbedarf sein würde.“ Dieser Satz charakterisiert diese Tagung zur Genüge. Es ist zwecklos, die übrigen Redner zu erwähnen. Was ein Abbau der Löhne um 20 % für ein Hungerdasein bedeuten würde, braucht hier nicht näher ausgeführt zu werden. Aber dieses Dasein wird das Ideal der westdeutschen Schwerindustrie. Man muß den Herren für ihre schonungslose Offenheit dankbar sein. Die Arbeiterschaft mußte daraus lernen, was sie zu erwarten hat, wenn diese Scharfmacher wieder einmal schrankenlos herrschen würden.

Die Gewerkekammer in Dresden gegen die Interessen der Bauarbeiter.

Die Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB.) ist von fast allen Reichs- und Staatsbehörden, vom Reichspost und Bahn sowie von vielen Groß- und Mittelstädten eingeführt worden. Wiederholt ist im „Grundstein“ dargelegt worden, daß die Interessen der Bauarbeiter in der Verdingungsordnung nicht berücksichtigt worden sind. Unsere Kollegen haben sich deshalb in vielen Städten in den Stadtparlamenten für die Schaffung von Ergänzungsbestimmungen eingesetzt, die den notwendigsten Forderungen der Bauarbeiter gerecht werden sollen.

So hat u. a. auch der Rat der Stadt Meißen einige Zusätze zur Verdingungsordnung für Bauleistungen herausgegeben, nach denen nur solchen Unternehmern der Zuschlag erteilt werden soll, von denen bekannt ist: 1. daß sie die von den Unternehmer- und Arbeiterorganisationen gemeinsam tarifvertraglich festgelegten Lohn- und Arbeitsbedingungen anerkannt haben und diese in ihrem Betriebe auch durchführen; 2. daß sie die benötigten Arbeitskräfte durch die öffentlichen Arbeitsnachweise anfordern; 3. daß sie sich bei Vergebung der ihnen übertragenen Arbeiten an Zwischenunternehmer verpflichten, darauf zu achten, daß diese gleichfalls die Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie die sonstigen Vorschriften erfüllen, zu denen sie selbst verpflichtet sind; 4. daß sie die ihnen übertragenen Arbeiten nur dann in Akkord ausführen lassen, wenn die in Betracht kommende Berufsgruppe der Arbeiter ihre Zustimmung gegeben hat und für die auszuführende Arbeit ein Akkordtarifvertrag mit der Gewerkschaft abgeschlossen ist; 5. daß sie in ihrem Betriebe nur sozial Lehrlinge beschäftigen, daß ihre Zahl in einem angemessenen Verhältnis zu der Zahl der beschäftigten Gesellen steht. — Ferner wurden im zweiten Absatz des § 6 der allgemeinen Bestimmungen der VOB. die nachstehend gesperrt gesetzten — Worte gefügt: „Die Ausführungsfrist wird entsprechend verlängert, wenn die Behinderung vom Auftraggeber zu vertreten oder wenn sie verursacht ist durch Streik, Verweigerung der Arbeiter oder durch eine von der Berufsvertretung der Arbeitgeber angeordnete Absperrung im Betriebe des Auftragnehmers oder in einem für ihn unmittelbar arbeitenden Betriebe. Dasselbe gilt, wenn die Behinderung auf höhere Gewalt oder andere Umstände zurückzuführen ist, deren Abwendung nicht in der Macht des Auftragnehmers lag. Witterungseinflüsse, mit denen bei Abgabe des Angebots in der Ausführungsfrist normalerweise gerechnet werden mußte, gelten nicht als Behinderung.“

Die Unternehmer haben gegen diese Zusätze durch den Innungsausschuß Einspruch bei der Kreishauptmannschaft eingelegt. Die Kreishauptmannschaft veranlaßte darauf die Gewerkekammer sich gutachtlich zu äußern, die den Einspruch für berechtigt erklärte, und zwar mit so rückständigen und so arbeitserfindlichen Argumenten, daß man sie nicht unbedenklich lassen kann. Zu Ziffer 1 der Zusätze sagt die Gewerkekammer, daß zwar gegen eine bevorzugte Behandlung der Betriebe, die tarifmäßigen Lohn zahlen, an sich nichts einzuwenden sei, es sei aber überflüssig, dies in die Bestimmungen der Verdingungsordnung aufzunehmen. Die Gewerkekammer glaubt, daß in einer Zeit, wo fast alle Unternehmer im Bauhaupt- und Baunebengewerbe organisiert und fast alle Tarifverträge allgemeinverbindlich sind, keine weitere Sicherung der Ansprüche der Arbeiter notwendig sei. Demgegenüber betonen wir, daß in Bayern und Württemberg schon im Jahre 1908 in den Submissionsbedingungen eine Klausel über Lohn und Arbeitszeit aufgenommen war. Auch in der Badischen Submissionsbedingungen wurde im Jahre 1910 eine Lohnklausel aufgenommen. Ebenfalls wurden in einer ganzen Reihe von Städten in der Vorkriegszeit solche Bestimmungen geschaffen.

Wir verwehren der Gewerkekammer nicht, für das Kleinhandwerk einzutreten, müssen uns aber verbiten, daß sie durch ihre Stellungnahme den Bauarbeitern Schaden zufügt. In der letzten Zeit sind wichtige Tarifverträge für das Baugewerbe nicht allgemeinverbindlich erklärt worden. Das ist aber gerade in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges um so notwendiger, weil der Arbeiter dann den Schutz des Gesetzes besonders bedarf. Wir fordern bei Vergebung von Aufträgen, die aus Mitteln der Steuerzahler finanziert werden, daß diese Aufträge nur tarifreuen Unternehmern und nicht Außenseitern und Lohnrückgängern übergeben werden. Ganz abwegig ist die Meinung der Gewerkekammer Dresden zu Ziffer 5 der Abänderung. Sie erblickt in dieser Eingriff in die Regelung des Lehrlingswesens, daß ihrer Meinung nach entsprechend den Vorschriften der Reichsgewerbeordnung erspöndend durch die Gewerkekammern und Innungen geregelt ist. — Dann sagt die Gewerkekammer weiter: „Wir halten schon den Versuch, durch Tarifverträge in dieses Rechtsgebiet einzugreifen, für abwegig, viel mehr aber noch den Versuch des Stadtrates Meißen, zur Erfüllung der radikalen Forderungen der Arbeitnehmerschaft zur Regelung des Lehrlingswesens, insbesondere hinsichtlich der Beschränkung der Lehrlingszahl, die Vergebungsordnung zu berühren.“

Wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß wir in der Frage der Regelung des Lehrlingswesens eine andere Auffassung haben als die Unternehmer, zumal gerade im Baugewerbe die Lehrlingszüchterei feltene Blüten treibt. Die öffentlichen Körperschaften aber, die Bauarbeiten vergeben, müssen ein hohes Interesse daran haben, daß Gesellen mit der Ausführung der Aufträge betraut werden, und nicht — wie es manchmal geschieht — ganze Bauten von Lehrlingen fertiggestellt werden. Geschädigt wird durch

solche Methoden der Lehrling und der Auftraggeber. Geschädigt wird auch das gesamte Gewerbe. Nutzen von diesen Auswüchsen haben nur solche Leute, die gewissenlos genug sind, Lehrlinge lediglich für Ausbeutungszwecke anzunehmen.

Die Streichung der Streikklausel wird von der Gewerkekammer als „eine ganz einseitige und willkürliche Maßnahme, die zweifellos gegen die guten Sitten verstößt“, betrachtet. Der Rat der Stadt Meißen hat demgegenüber in richtiger Erkennung der Tatsachen diese Klausel gestrichen und dadurch gleiches Recht für Unternehmer und Arbeiter geschaffen. Wir sind im Gegensatz zur Dresdener Gewerkekammer der Meinung, daß es gegen die guten Sitten verstößt, wenn die Streikklausel in der Verdingungsordnung für Bauleistungen bestehen bliebe. Die Bauarbeiter hatten hart darunter zu leiden, daß in der Verdingungsordnung auch nicht eine einzige ihrer seit vierzig und mehr Jahren erhobenen Forderungen berücksichtigt wurde. In absehbarer Zeit soll nun die Verdingungsordnung überholt werden. Wir werden nicht verfehlen, eindringlichst und in aller Deutlichkeit unsere Forderungen anzumelden. Wir erwarten, bei den Regierungskreisen mehr Verständnis für die Wünsche der Bauarbeiterschaft zu finden, als bei der Gewerkekammer Dresden vorhanden ist!

Gegen den Schnelligkeitssimmel!

Mit dem „Schnelligkeitssimmel“, gegen den er schreibt, meint ein Herr Heinrich Redemann aus Wülfeldorf im „Baukurier“ die Akkordschleierei im Baugewerbe. Zum Akkordlohn, den er allgemein für „überseht“ hält, meint er, wenn er zu hoch sei, dann müsse er eben vom Bauunternehmer pflichtgemäß herabgesetzt werden. Das schüttelt Herr Heinrich Redemann seelenruhig und ganz so beiläufig aus dem Ärmel. Er schreibt, als ob es keine Gewerkschaft gäbe, Akkordtarife nicht vorlägen und allüberall wilder Akkord geschuftet würde. Aber der Mann hat auch manche ganz netten Gedanken. Er meint, wenn es nicht möglich sei, den „richtigen“ Akkordlohn einzusetzen, dann müsse der Unternehmer die Arbeiter so lange im Lohn ausführen lassen, bis die Akkordkolonne wieder zur „Verunst“ gekommen sei. Wir möchten diese Anschauung erweitern. Man möge überhaupt in Lohn arbeiten lassen, dann brauchen sich die Unternehmer wegen der „übersehen“ Akkordlöhne nicht mehr ihre ehrenwerten Köpfe zerbrechen. Sehr richtig bemerkt Herr Redemann weiter, der Schnelligkeitssimmel und die Rekordsucht für die Hochführung von Bauten seien ungesund. Wir brauchen Ruhe, Stetigkeit und möglichst gleichmäßige Beschäftigungsmöglichkeit während der ganzen Bauzeit im Interesse der Beamten und Bauarbeiter. Hier hat der Mann vollständig recht! Aber wie gesagt, dann möge man überall nur in Lohn arbeiten lassen. Wir sind vollkommen überzeugt, daß dies von Vorteil vor allem auch für die Bauarbeiter wäre. Nicht zuletzt würde dann auch die Arbeitsausführung solider und ansehnlicher.

Herr Redemann hat also auch einen guten Gedanken. Trotzdem kann auch er aus der Unternehmerraut nicht heraus. So tritt er ein für die sofortige Abschaffung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen. Er erhofft davon die Herbeiführung einer gleichmäßigen Beschäftigung. Man fragt sich immer wieder vergeblich, weshalb unsere Baubefehlshaber für die Abschaffung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen eintreten. Wir sind davon überzeugt, daß dies in einigen Wochen zu einem unhaltbaren Zustande ausarten würde. Die Hausagrarien würden angesichts der Wohnungsknappheit vor allem in den Altlwohnungen die Mieten so hoch schrauben, daß ein Arbeiter sie nicht erschwingen könnte, zumal man ja im Unternehmerlager drauf und dran ist, überall den Versuch zu machen, die Löhne abzubauen. So käme es ganz bestimmt. Denn es gehört eben zum Wesen des Kapitalismus, so hohe Preise wie möglich zu nehmen. Und da sich die Preise der kapitalistischen Welt nach Angebot und Nachfrage richten, ist es ganz selbstverständlich, daß unter den derzeitigen Umständen bei Abschaffung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen die Wohnungsmieten ganz ungeheuerlich in die Höhe schnellen würden. Eine Reichsregierung, die sich heute auf ein so zweifelhaftes Experiment einlassen würde, würde in einigen Wochen genötigt sein, die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen sofort wieder einzuführen.

Nun tritt damit im Zusammenhang Herr Redemann auch noch für die Abschaffung der Hauszinssteuer ein. Da entsteht die Preisfrage, aus welchen Mitteln denn nun mehr gebaut werden solle. Redemann ist sehr schnell fertig mit dem Wort. Dann werde sich das Baugewerbe schon selbst helfen. Es entsteht nun die weitere Frage, wie es sich helfen wolle angesichts der Geldknappheit in Deutschland. Darüber schweigt sich der Mann aus. Wir sind der festen Überzeugung, daß dann angesichts der absoluten Geldlöse in Deutschland die Bautätigkeit noch weit mehr abgedrosselt würde, als dies heute schon der Fall ist. Herr Redemann verwirft selbstverständlich auch das Bauen durch die öffentliche Hand. Die öffentliche Hand könne nichts regulieren, dazu seien die einzelnen Kanäle im Wirtschaftsleben viel zu fein und zu zahlreich. Auch das ist sehr nett gesagt; es hat sogar einen wissenschaftlichen Anstrich. Nur bleibt Herr Redemann auch in diesem Falle die Beweisführung für seine Behauptung schuldig.

Wir schließen: Herr Redemann hat manche vernünftige Ansichten. Leider werden dort, wo wir sie vernünftig nennen, die Bauunternehmer sagen, daß sie unvernünftig sei. Und dort, wo sie die Bauunternehmer vernünftig nennen müssen wir sie als unvernünftig einschätzen. Bei Herrn Redemann ist nicht viel zu lernen. Jedenfalls hat er mit seinem Schrieb zur Klärung der verschiedenen Fragen im Baugewerbe und in den Streitfragen zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft sehr wenig beigetragen. Er schreibt zu unbekümmert. Aber registriert sei seine immerhin sehr richtige Ausführung über die Schädlichkeit der Akkordarbeit als die eines Unternehmers, der von der Akkordarbeit die Nase voll zu haben scheint.

Internationaler Kongress der Krankenkassenverbände.

In Dresden wurde kürzlich ein Kongress der Internationalen Zentralfelle von Verbänden der Krankenkassen abgehalten. Diese überstaatliche Organisation ist ein Kind der 10. Internationalen Arbeitskonferenz in Genf, die im Jahre 1927 abgehalten wurde. Ein anlässlich dieser Tagung gebildeter Ausschuss berief im Oktober 1927 den ersten Kongress nach Brüssel ein. 1928 war man in Wien und im Jahre 1929 in Zürich versammelt. Bei dem diesjährigen Kongress in Dresden waren Vertreter von 18 verschiede-

Bundesmitglieder, wie lange habt ihr in den letzten vergangenen 12 Monaten arbeitslos gefeiert?

Hierüber muß jedes Bundesmitglied in den nächsten Tagen auf einer Fragekarte gewissenhaft Auskunft geben. Fragekarten erhalten die Mitglieder durch ihren Baugewerkschaftsvorstand zugestellt. Wer in der Woche vom 17. bis 22. November keine Fragekarte erhalten sollte, der fordere sie von seinem Baugewerkschaftsvorstand an.

Kollegen, werbt dafür, daß alle Bundesmitglieder die Karte beantworten, also auch die Mitglieder, die zurzeit in Arbeit stehen oder in der Berichtszeit womöglich gar nicht arbeitslos waren.

Braucht einer Baugewerkschaftsvorstand Hilfe, die Umfrage durchzuführen, so müssen sich geeignete und hilfsbereite Kollegen in ausreichender Zahl zur Verfügung stellen. Ein gutes Gelingen der Umfrage ist für den Kampf gegen die Arbeitsnot der Bauarbeiterschaft außerordentlich wichtig. Kein Bundesmitglied versäume deshalb, die Fragekarte gewissenhaft zu beantworten!

denen Staaten und rund 30 Millionen Versicherten erschienen. Die deutschen Behörden waren zahlreich vertreten. Ministerialdirektor Dr. Grieser bedauerte in seiner Begrüßungsrede, daß die in Deutschland gegen die Sozialversicherung geäußerten Meinungen im Ausland leider ein allzu aufmerksames Ohr fänden. Die Sozialversicherung sei ein herrlicher Tempel des Opferwillens, und es gehöre schon ein heroischer Mut dazu, diesen Tempel zu zerstören. Die Reichsregierung sehe in der Internationalen Zentralfelle einen internationalen Seeresverband zur Abwehr der Angriffe auf die Sozialversicherung. Der Vorsitzende der Zentralfelle Petri, Frankreich, sprach über die Lage der Krankenkassen in den einzelnen Ländern. Er erwähnte dabei, daß die Einführung der Krankenversicherung in Frankreich schweren Widerständen begegnet sei, die aber reiflos überwunden sind. Mit lebhaftem Beifall wurde der Direktor des Internationalen Arbeitsamts Albert Thomas begrüßt. Nach Thomas bedeutete der Internationale Krankenkassenkongress eine Rundgebung gegen die ausschließliche Herrschaft der Wirtschaft. Sozialpolitik und Sozialversicherung haben sich vor dem Tribunal der Wirtschaft nicht mehr zu rechtfertigen. Diese kann ihre Verantwortung für die Krisen der Arbeiterschaft auch während einer schweren Wirtschaftskrise nicht verneinen. Mit lebhaftem Beifall wurde der Vortrag des Kollegen Lehmann, Deutschland, über die Kontrolle des kassenärztlichen Dienstes entgegengenommen. Ueber die Krankenversicherung im Kampfe gegen die sozialen Krankheiten sprach Prochazka, Oberphysikus der Stadt Prag. Die Sozialversicherung leistet, so erklärte der Redner u. a., im Kampfe gegen die sozialen Krankheiten die Vorkämpferarbeit, und zwar in der Propaganda, in der Sehung des hygienischen Niveaus und in der Errichtung von notwendigen Anstalten und Einrichtungen. Entsprechende Entschlüsse wurden angenommen. Empfohlen wurde die Gründung eines internationalen Instituts zur wissenschaftlichen Forschung der physiologischen und pathologischen Arbeiten und des Studiums der sozialen und Berufskrankheiten. Für das nächste Geschäftsjahr wurde zum Präsidenten der Internationalen Zentralfelle Helmut Lehmann, Deutschland, gewählt. Die ausländischen Delegierten und Gäste sprachen ihre hohe Bewunderung über die deutschen Einrichtungen aus, die ihnen anlässlich des Kongresses gezeigt wurden.

Die Lehrlingshaltung im bayerischen Betonbaugewerbe.

Im Jahre 1925 wurde in München das Betongewerbe als selbständiges Gewerbe von der Handwerkskammer und Bauinnung anerkannt. Zu gleicher Zeit wurden auch die ersten Lehrlinge für dieses Gewerbe aufgedungen und etwas später für sie in der städtischen Gewerbeschule ein eigener praktischer Kursus errichtet. Bis 1925 wurden die Facharbeiter für das Betongewerbe aus den Reihen der Bauhilfsarbeiter, einige auch, wenn sie sich dazu eigneten, vom Metallgewerbe entnommen.

Mit der Anerkennung als selbständige Fachgruppe innerhalb des Baugewerbes und der Aufstellung von Richtlinien für die Gesellenprüfung glaubten wir einen großen Fortschritt gemacht zu haben, da hier das gleiche galt, wie im Maurer- und Zimmererhandwerk: nur der freigesprochene Junggeselle kann als Facharbeiter in Frage kommen. Als Facharbeiter wurden weiter alle die anerkannt, die eine vierjährige Tätigkeit im Betonfach nachweisen konnten. So lautete der Beschluß der Bauinnung mit Zustimmung des Gesellenausschusses.

Aber die Münchener Baufirmen fühlten sich berufen, diesen Beschluß zu ignorieren. Es werden Facharbeiter beschäftigt, die nicht einmal zwei Jahre im Baufach tätig sind, geschweige denn eine vierjährige Tätigkeit im Betonbaugewerbe nachweisen können. Das Bedauerliche ist, daß sogar solche Firmen, die Lehrlinge ausbilden, und solche, die im Lehrlingsauschuss mit tätig sind, derartige „Facharbeiter“ beschäftigen.

Dem Ganzen aber setzt die Krone auf, wenn man feststellen muß, daß nicht einmal jene Firmen, die bei der Beratung und Aufstellung der Richtlinien zur Gesellenprüfung mitgearbeitet haben, ihr eigenes Werk unterstützen. Es steht nunmehr fest, daß die heutige Art und Weise der Lehrlingshaltung im Betongewerbe nur eine verdeckte Ausbeutung darstellt, die weiter nichts im Auge hat, als drei Jahre lang billige Arbeitskräfte zu erhalten.

Betrachten wir einmal die Lehrlingsausbildung in der Praxis. Die Ausbildung der Lehrlinge ist nicht einheitlich. Die Großfirma Moll hat z. B. großes Interesse daran, nur Lehrlinge zu bekommen, die im Alter von 17 bis 20 Jahren stehen; dabei sollen sie groß und kräftig sein, damit sie den Vogel- und Steineträger ersetzen können. Zur Freisprechung kam bei dieser Firma erst ein Lehrling, obwohl schon mehrere bei ihr in Ausbildung standen. Die Großfirma Göhr wieder betreibt eine besondere Ausbildungspraxis, indem sie ihre Lehrlinge nur im Eisenbiegen, -verlegen und -flechten anleitet, aber nicht für die übrigen Arbeiten, die auf Grund der Richtlinien der Gesellenausschüsse die Lehrlinge noch zu verrichten hätten. Eine andere Großfirma, Wagh & Freytag, läßt wohl die Lehrlinge in allen einschlägigen Betonarbeiten beschäftigen; aber kaum ist die Lehrzeit vorüber, so wird ihnen angetragen, daß sie bei der Firma weiterarbeiten können, wenn

sie bereit sind, am Lagerplatz zu arbeiten. Der Zweck der Übung ist der: der Ausgelernte würde am Bau den Lohn des Facharbeiters nach dem Reichstarifvertrag für das Baugewerbe erhalten. Arbeitet er aber am Lagerplatz, so wird er nach dem Fabrikarbeiterstarif entlohnt, weil am Lagerplatz fabrikmäßige Betonrohre hergestellt werden.

Wenn entsprechende und gesunde Zustände auch im Betongewerbe Einkehr halten sollen, dann müssen diese Zustände beseitigt werden. Aufgabe und Pflicht der Handwerkskammer und der Bauinnung muß sein, hier Ordnung zu schaffen. Auch dem sogenannten Umlernsystem muß endlich ein Ende bereitet werden. Hoffentlich trägt dieser Aufsatz dazu bei, daß unsere Anregungen auf fruchtbaren Boden fallen und wir auch im Betongewerbe bessere Zeiten entgegengehen. M. Stegbauer, München.

Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften.

Die Tätigkeit unserer Gewerkschaften ist auf die Verbesserung der Lebensführung des schaffenden Volkes gerichtet. Diesem Zwecke dienen auch noch andere Mittel. Eins von ihnen ist die Befähigung des Verbraucherbewußtseins. Das heißt bei aller Bedarfsdeckung mit dem Einkommen aus Lohn und Gehalt eigenes Wohl zu wahren. Dazu sind die Konsumgenossenschaften da. Von den Spitzenorganisationen der freigewerkschaftlichen Berufsverbände ist das wiederholt in bedeutungsvollen Rundgebungen anerkannt worden. Die Anerkennung konsumgenossenschaftlicher Befähigung kam mit zunehmender Erkenntnis der Langwierigkeit des zu führenden sozialen Kampfes. Die Entwicklung deckte immer mehr die Ausbeutung der Lohn- und Gehaltsempfänger auch im kapitalistischen Warenverteilungsprozess auf. Damit wuchs die Einsicht in die volkswirtschaftliche Bedeutung der Lohn- und Gehaltsempfänger als Warenkäufer und Warenverbraucher. Das Verbraucherinteresse der Massen erwachte mehr und mehr, auch die Gewerkschaften kamen allmählich zur Anerkennung und Empfehlung der Konsumvereine.

Auf dem fünften Gewerkschaftskongress in Köln, 1905, wurde erstmalig jene Resolution beschlossen, die erklärt, daß die Organisierung des Konsums durch die Genossenschaften ein Mittel zur Erhöhung der Lebenshaltung des Volkes sei. Dieser für die Gewerkschaften und Genossenschaften bedeutungsvolle Beschluß ist in der Folgezeit mehrmals erneuert, ergänzt und bekräftigt worden, so in einer Denkschrift der drei Spitzenverbände der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten mit Wirtschaftsvorschlägen und Forderungen, die unter anderem auch feststellte, daß besonders die Konsumvereine geeignet sind, den Güterverteilungsprozess zu verbilligen bei gleichzeitiger wirkamer Ueberwachung der Qualität der Konsumgüter.

Dieses Wirtschaftsprogramm umfaßte auch das Gebiet der Güterverteilung, und es deutete noch einmal klar an, was nun bereits auf mehreren deutschen Gewerkschaftskongressen, so auf dem zweiten Bundeskongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Jahre 1925 in Breslau in einer besonderen Entschließung hervorgehoben worden ist, nämlich, daß die Konsumgenossenschaftsbewegung eine wertvolle Ergänzung des gewerkschaftlichen Kampfes um möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen, um die Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiter ist, weil die Konsumgenossenschaftsbewegung die Erhaltung der Kaufkraft des Arbeiterlohns fördert. Es liege im wohlverstandenen Interesse aller Arbeiter und Minderbemittelten, sich den Konsumgenossenschaften anzuschließen und ihren gesamten Warenbedarf in den Verteilungszustellen der Konsumgenossenschaften zu decken. Wer also noch nicht Mitglied eines Konsumvereins ist, der hole dies nach in seinem eigenen Interesse.

Ein weißer Rabe.

In der „Frankfurter Zeitung“ hat ein Industrieller, R. C. Gütermann, Gutach i. Breisgau, der 2000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, den Vorschlag gemacht, die Wochenarbeitszeit allgemein auf 44 Stunden zu ermäßigen und den Unternehmern die Pflicht aufzuerlegen, etwa 10 % Arbeiter und Angestellte neu einzustellen. Dadurch könnte die Arbeitslosigkeit wesentlich gemindert werden. Alle Unternehmungen, die aus irgendwelchen Gründen nicht in der Lage sind, die Arbeitszeit derartig zu verkürzen, sollen gezwungen sein, die gleiche Summe, die für den Mehrlohn gewährt wurde, als Sonderbeitrag an die Arbeitslosenversicherung abzuführen. Dies würde eine Mehrbelastung von 3 1/2 % ergeben, die von den betreffenden Unternehmern allein getragen würde und nach Meinung Gütermanns der Leistungsfähigkeit der Betriebe keinen Abbruch tun kann. Die verkürzt arbeitenden Betriebe sollen nach diesem Vorschlag zur Arbeitslosenversicherung nur bis zu 3 1/2 % der Lohnsumme herangezogen werden. Gütermann glaubt, daß die Mehrleistung der Unternehmungen mit längerer Arbeitszeit zur Arbeitslosenversicherung die weniger eingehenden Beträge voll ausgleichen würde.

Wegen der Lohnfrage für die verkürzt Arbeitenden macht Gütermann den Vorschlag, für die 44stündige Arbeit den Lohn zu gewähren, der sonst für 46 Stunden gezahlt wird. Die Arbeiter hätten also mit einer Lohnenbuße in Höhe des Lohnes für zwei Arbeitsstunden zu rechnen. Auf den Einwand, daß ein Betrieb, der bisher 48 Stunden gearbeitet hat und zur 44-Stunden-Woche übergeht, neue Kapitalinvestitionen zur Vergrößerung der Anlagen notwendig sind, entgegnet dieser Industrielle, daß die meisten Betriebe nicht mit 100 % Erzeugungsfähigkeit ausgenutzt sind, auch wenn sie heute 48 Stunden oder mehr arbeiten. „Wenn gesagt wird, daß die Einrichtung einer Doppelschicht mit Schwierigkeiten verknüpft ist, so trifft dies zu; doch ist ohne Ueberwindung von Schwierigkeiten dem Arbeitslosenproblem nicht beizukommen.“

Der Vorschlag dieses Industriellen zeigt, daß es auch bei den Unternehmern hin und wieder Leute gibt, die sich etwas ernster und eingehender mit der Frage der Arbeitslosigkeit und deren Behebung beschäftigen. Im großen und ganzen dürften die Vorschläge der Erwägung wert sein, sie nähern sich weitgehend den Meinungen, die der ADGB in seiner Dresdener Bundesausschussung aufgestellt hat. Wenn die deutsche Unternehmerrchaft durchweg aus solchen Leuten bestehen würde, dann wäre es ohne größere Schwierigkeiten möglich, zu einer Verständigung zu kommen. Leider ist dies nicht so. Die übergroße Mehrzahl der Unternehmer besteht aus dickköpfigen Scharfmachern, die vom alten Vorkriegsgeist befangen sind und die gegenwärtige reaktionäre Welle benutzen wollen, um nicht nur alle Lohnerrungenschaften zu benehmen, sondern auch der Arbeiterschaft eine verlängerte Arbeitszeit aufzubürden. Mit solchen Leuten sich über vernünftige Dinge auszusprechen ist unmöglich.

Eine maschinelle Groß-Baufstelle.

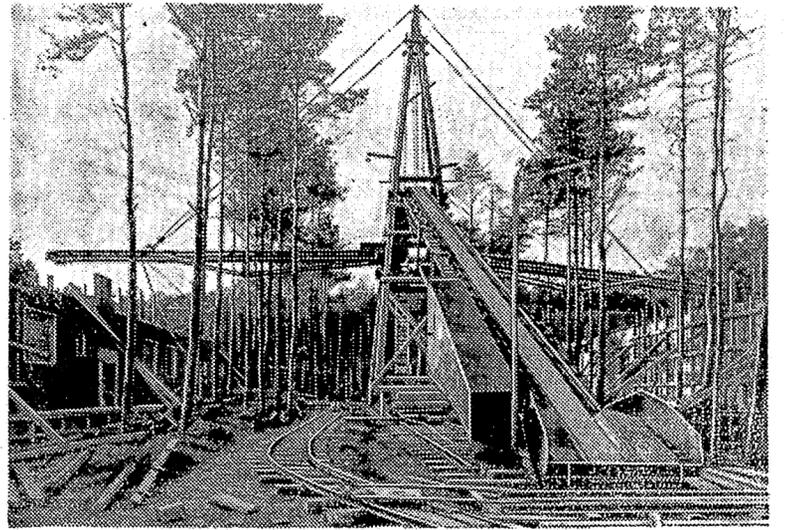
Zement-Leichtbeton mit Bims als Hauptbaustoff.

In Berlin-Zehlendorf, einem waldbreichen Stadtteil, bauten in den letzten Jahren und bauen noch unter anderen Auftraggebern auch große Baugenossenschaften wie die „Gehag“, Gemeinnützige Heimstätten-, Spar- und Bau-Aktiengesellschaft, und die „Gagfab“, Gemeinnützige Gesellschaft für Angestellten-Heimstätten, zahlreiche Wohnungen, und tragen so mit dazu bei, daß dieses herrliche westliche Wohnviertel Berlins nicht nur den Leuten reserviert bleibt, die im Grunewald geboren sind. Zwar sind die Mieten auch in den dortigen Kleinwohnungen keineswegs so niedrig, daß jede Arbeiter- oder Angestelltenfamilie in der Lage ist, sie aufbringen zu können. Immerhin wird dort noch eine stattliche Anzahl Kleinwohnungen gebaut; eine große Anzahl ist bereits bewohnt. Nachdem vor Jahresfrist durch die Eröffnung der U-Bahn-Strecke Thielplatz-Krumme Lanke eine schnellere und bessere Verkehrsmöglichkeit zur Stadt geschaffen worden ist, haben „Gehag“ und „Gagfab“ den Bau weiterer 800 Wohnungen beschlossen.

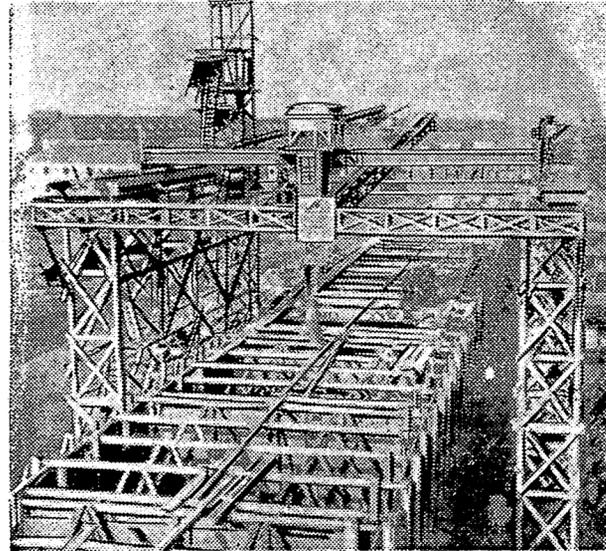
Die 400 Wohnungen der „Gagfab“ werden in Zement-Leichtbeton mit Bims als Hauptbaustoff ausgeführt. Wir hatten kürzlich Gelegenheit, die Baustelle zu besichtigen. Bauausführende ist die Allgemeine Häuserbau A.-G. von 1872 — Adolf Sommerfeld, Berlin. Die große Baustelle ist nach einem großzügigen, schon die künftigen Baustellen berücksichtigenden Bau- und Arbeitsplan aufgezo-gen. In der Mitte des Gesamtbauprojekts befindet sich die große zentrale Lagerstelle für das gesamte Schüttgut. Dort wird auch für die gesamte Baustelle der Beton gemischt. Große Greifer packen das Schüttgut und werfen es in einen der Silos, unter denen sich die Mischmaschinen befinden. Die Mischmaschinen sind mit automatischer Steuerung ausgestattet, die genau das von der Behörde vorgeschriebene Mischungsverhältnis von Kies, Bims und Zement herstellt und das Mischgut dann in die Trommeln leitet. Von den Mischtrommeln gelangt dann der schütffertige Beton in die Loren, in denen dann, von Lokomotiven gezogen, der Beton an die einzelnen Arbeitsstellen der ausgedehnten Baustelle

Ergebnis gesammelter Erfahrungen aus Hoch- und Tiefbau. Die dabei erreichten Zementqualitäten bilden die Hauptgrundlage des Bauverfahrens. Interessant ist die Bauweise, bei der die gesamte Betonmassenverteilung — im unteren Bild wieder gegeben — über die ganze Bauhöhe hinwegführenden Sommerfeld-Bau-schiffen aus geschieht. Die Großbau-stelle in Zehlendorf ist ein Beispiel für eine fast reißlos durchgeführte ma-schinelle Bauweise. Das Bau-schiff ren-tiert sich wegen seiner großen Erich-tungskosten aber erst dann, wenn es sich um den Bau einer großen Wohn-zeile handelt, in der sich mindestens etwa 150 Wohnungen befinden. Bei kleineren Wohnzeilen von etwa 30 Wohnungen wird kein Bau-schiff er-richtet. Hier wird lediglich mit den schon bekannten transportablen Lauf-bändern gearbeitet. Unser nebenstehendes Bild zeigt ein nach zwei Bauzeiten ar-beitendes, ebenfalls transportables Baugerät mit drei Laufbändern, wo-von die zwei seitlichen je eine Bau-zeile mit Beton versorgen. Die Sei-tenlaufbänder sind vermittels des Turmes hochziehbar, da die Behörde die größtmögliche Schonung des an sich nicht sehr dichten Baumbestandes in Zehlendorf vorschreibt. Begegnung eines der seitlichen Laufbänder während des Arbeitsvorganges einem Baum, so wird es hochgezogen, der Baum auf diese Art umgangen und so den späteren Bewohnern erhalten. — Wenn auch die Nutzbarkeit des Betons für den Wohnbau immer noch nicht einwandfrei geklärt ist, so kann man doch sagen, daß Zement-Leichtbeton mit Bims zumindest nicht jene Eigenschaft hat, die man beim Betonbau mit Recht so sehr fürchtet: Feuchtigkeit. Der in Zehlendorf verarbeitete Zement-Leichtbeton mit Bims ist schon nach kurzer Zeit nicht nur knochenhart, sondern auch trocken. Die weitere Durchforschung und praktische Nutzbarmachung dieser Zementbauweise wird vor allem der vom Deut-schen Zementbund im Zusammenwirken mit der Reichs-forschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen ins Leben gerufenen „Arbeits-gemeinschaft für Leichtbeton“ obliegen. Alles in allem läßt sich also sagen, daß das für diese Baustelle gewählte Bauverfahren, das zwar in Deutschland nicht erstmalig, aber in Berlin zum ersten Male angewendet wird, anschaulich erkennen ließ, welche Bedeutung die Mechanisierung des Bau-betriebes für die weitere Entwicklung des Wohnungs-baus hat. — Ueber die Baukosten wurde noch nicht ge-felt, daß sie je Quadratmeter Wohnfläche 15,53 M. betragen. Als Decke wird — mit Ausnahme von Küche und Badezimmer, wo Massivdecken verwendet werden — die billigere Holzbalkendecke verwendet.

Auf der großen Baustelle in Zehlendorf werden zurzeit noch rund 1300 Bauarbeiter beschäftigt. Auch die noch nicht richtfertigen Bauten werden in kurzer Zeit fertiggestellt. Wenn bis dahin nicht den beiden gemeinnützigen Baugesellschaften neue Hauszinssteuer-mittel überwiesen werden, dann ist es unmöglich, weitere Wohnzeilen auszuführen und die Belegschaft in den nächsten acht Monaten noch beschäftigen zu können. Damit würde nicht nur die Ausführung des Gesamtbauprojekts, also die Errichtung weiterer Kleinwohnungen zumindest auf längere Zeit verschoben, sondern zu der bisher schon sehr großen Zahl von Arbeitslosen würde noch eine nicht unbedeutliche Zahl hinzu-kommen. Es muß deshalb gefordert werden, daß das Reichs-arbeitsministerium und das Reichsfinanzministerium recht-zeitig die Hauszinssteuermittel für das Jahr 1931 bereit-stellen, um eine organische Fortführung der Bauten zu er-möglichen. In diesem Zusammenhang war es wohl selbstver-



Transportgerät mit aufklappbaren seitlichen Transportbändern.



Das Sommerfeldsche Bau-schiff in Tätigkeit.

gebracht wird. Die Feststellung und Anforderung des Be-darfs geschieht mittels einer besonderen, Baustellen und Mischort verbindenden Telefonanlage.

Zement-Leichtbeton mit Bims als Hauptbaustoff wird wegen seiner guten Wärme-, Schall- und Haltbarkeitswerte verwendet. Das dabei benutzte Schütffverfahren ist das

ständig — allerdings auch erfreulich — daß selbst der Chef der bauausführenden Firma nicht, wie man es oft auf Konferenzen von Bauleuten hört, die Befestigung der Wohnungszwangswirtschaft und die Wiedereinführung der „freien“ Wohnungswirtschaft forderte; sondern energische Worte des Profettes dagegen fand, daß die Reichs-regierung von dem Hauszinssteueraufkommen weitere 400 Mil-lionen Mark dem Wohnungsbau entziehen will. Gegen diese Bestrebungen wurde besonders an die Presse die Auf-forderung gerichtet, der Reichsregierung energisch zu wider-sprechen. Man konnte darauf hinweisen, daß die Arbeiter-pressen, in erster Linie die Presse der Bauarbeitergewerkschaften, schon von Anfang an gegen diese Absicht der Reichsregierung energisch Protest erhoben hat; wie auch die hinter dieser Presse stehenden Organisationen frühzeitig Schritte gegen diese Absichten der Regierung unternommen haben. Es wäre zu wünschen, daß sich die sogenannten Wirt-schaftskreise des Baugewerbes in dieser Sache mehr als bisher, und vor allem klar und energisch an die bürgerlichen Zeitungen, nicht zuletzt an die Presse der Industrie und der Unternehmerverbände wenden würden, die stets gegen die sogenannte Wohnungszwangswirtschaft wettern.

Anlässlich der Besichtigung der Bauten in Zehlendorf hörte man noch, daß der Baukonzern, gestützt auf die Er-fahrungen bei diesen großen Bauten nach denselben Metho-den auch Einzelhäuser schaffen will, bei weitem gehender Be-rücksichtigung der persönlichen Wünsche des Bewohners, durch straff durchgeführte Normung der einzelnen Teile und bei einer der Vorkriegszeit angehörender Finanzierungs-form. Außerdem ist beabsichtigt, bei der Deutschen Bau-ausstellung, Berlin 1931, Modelle dieser Wohnhäuser zu zeigen.

Weiter drängen.

Darf ein Volk seine Staatsverfassung ändern, wenn es dazu entschlossen ist? Ueber diese Frage ist sehr viel Gutes und Schlechtes gesagt worden. Ich glaube, die beste Antwort darauf ist: Wer will es ihm wehren, wenn es dazu entschlossen ist? Gg. Chr. Lichtenberg.

Unser Ziel.

Die staatliche Freiheit ist nicht der höchste, nicht letzter Zweck; sie soll uns den Weg bahnen zur Lösung einer höheren, der gesellschaftlichen Aufgabe, nur als Mittel dienen zur Erhebung und Veredlung der Menschen zu dem auf sittlicher Freiheit begründeten Wohlergehen aller. Johann Jacoby.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 27. Oktober 1930.

Bezirksverband	Berichtende Baugewerkschaften	Mit-glieder-zahl am Wochen-schluß	In den berichtenden Baugewerkschaften waren am Feststellungstage arbeitslos																												vom Hundert der Mit-gliederzahl		
			Maurer	Feuerungs- und Schornstein-maurer u. Helfer	Polierer, Putzschmeller	Zement-facharbeiter	Zementarbeiter, Pfeiler-, Biege-	Stückarbeiter und Hilfsarbeiter	Glaser	Ofenformner	Ofenleger	Schäbentöpler	Steingeb-arbeiter	Expertenhilfs-arbeiter	Fliesenleger	Flößer und Helfer	Steinbildner und Helfer	Kunststein-, Terrazzoarbeiter	Altpfasterer	Pflichthammer	Werkzeughilfs-leute	Bauhilfs-arbeiter	Augenblinde Hilfsarbeiter	Tiefbauarbeiter	Hilfsarbeiter bei Erdbarbeiten	Minerale	Kohleleger	Brunnenbauer	Gebrüder	Weibliche Mitglieder	Insgesamt	27. 10.	20. 10.
Königsberg	7	17349	3642	—	67	43	116	27	1	—	112	—	—	7	4	2	—	61	22	—	6	3198	10	1144	26	—	20	—	103	—	8611	49,6	47,5
Danzig	1	3817	424	—	4	5	8	—	—	—	31	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	500	13	438	—	—	—	36	—	1461	38,3	34,5	
Stettin	61	15841	3199	9	50	14	30	12	14	8	96	—	—	8	4	17	—	—	—	—	—	1522	—	793	—	—	1	1	127	—	5905	37,3	36,3
Breslau	43	42150	8697	29	201	182	106	63	41	113	127	55	100	148	57	34	—	15	—	—	—	7086	36	1278	—	—	1	1	523	31	18924	44,9	44,1
Berlin	60	55076	9137	33	111	323	248	861	284	213	271	—	2	33	46	80	22	4	313	—	—	8052	2	893	—	—	2	231	11	21172	38,4	37,0	
Magdeburg	42	29245	7239	14	34	19	38	27	89	27	134	28	1	6	22	44	—	12	—	—	3	2564	9	415	—	—	—	197	—	10922	37,3	36,9	
Erfurt	34	20406	7018	49	46	63	9	124	121	10	67	2	—	14	13	17	—	10	—	—	—	2969	—	231	—	—	17	—	556	1	11337	55,6	54,5
Frankfurt	17	33925	7125	22	53	148	100	419	35	—	7	—	—	69	16	1	12	8	—	—	6	5951	170	1158	67	—	3	331	—	15701	46,3	46,1	
Köln	12	19757	3134	26	60	221	274	877	31	—	8	3	—	110	31	17	441	75	—	—	5	3910	114	716	2	—	—	130	—	10186	51,6	51,5	
Dortmund	14	20222	4112	56	80	166	195	440	1	—	30	—	—	1	161	97	5	36	47	—	9	3354	217	1155	—	—	—	215	—	10377	51,3	52,0	
Hannover	39	29116	5600	6	50	48	38	55	27	8	19	1	55	8	22	16	6	25	30	—	—	3129	2	1001	6	—	6	—	257	—	10415	35,8	35,0
Bremen	30	15603	1864	7	6	33	84	49	28	—	5	—	—	15	20	—	2	1	7	—	—	1733	3	693	—	—	—	26	—	4581	29,4	27,4	
Hamburg	52	33820	4385	3	22	68	372	165	100	9	71	1	—	3	48	29	53	21	53	—	—	2818	1	2344	39	—	1	17	29	1	10729	31,7	32,0
Rostock	60	8381	1207	6	1	—	—	5	—	—	11	18	—	6	—	—	—	—	—	—	—	796	—	198	—	—	—	55	—	2303	27,0	25,4	
Dresden	32	68891	14798	17	156	255	122	214	313	225	384	19	—	46	75	70	46	8	72	—	—	13413	3	1134	—	—	10	728	34	32142	46,7	45,6	
Nürnberg	29	17899	2924	46	23	8	35	516	18	74	19	—	2	32	26	1	—	—	—	—	—	3647	13	228	33	—	—	147	1	7808	43,6	43,1	
München	33	15326	2366	6	26	19	12	100	28	10	91	—	7	7	32	14	3	3	10	—	9	2833	25	398	41	13	6	6	79	—	6144	40,1	39,2
Stuttgart	14	10322	1437	7	14	69	21	901	2	3	1	—	—	37	11	21	8	—	—	—	—	1377	105	496	—	—	—	115	—	4627	44,8	43,3	
Karlsruhe	11	15918	3505	23	51	69	63	665	16	3	1	6	49	7	37	34	6	9	1	—	7	2225	135	441	24	67	4	—	111	5	7564	47,5	47,1
Zusammen	591	473064	91813	359	1055	1753	1863	5528	1149	714	1492	115	216	326	780	580	156	699	615	60	45	71077	858	15159	238	99	42	38	3996	84	200909	42,47	—
Vorige Woche	591	473953	89668	356	1033	1978	1892	5463	1113	610	1492	102	224	316	759	569	153	692	616	58	50	70114	928	15098	196	98	43	37	3749	81	197488	—	41,67

Die Arbeitslosigkeit steigt weiter. Im Vergleich zum letzten Berichtsmontat haben wir im Reichsdurchschnitt eine Zunahme von 39,86 % auf 42,47 %, also um 2,61 %. Am 28. Oktober 1929 betrug der Reichsdurchschnitt 16,51 %. Gegenüber der gleichen Zeit im Vorjahre haben wir eine um 25,98 % höhere Arbeitslosigkeit. In den einzelnen Bezirksverbänden stieg die Arbeitslosigkeit folgendermaßen: In Königsberg von 41,6 auf 49,6 %, Danzig von 32,2 auf 38,3 %, Stettin von 35,2 auf 37,3 %, Breslau von

41,8 auf 44,9 %, Berlin von 34,4 auf 38,4 %, Magdeburg von 36,7 auf 37,3 %, Erfurt von 52,5 auf 55,6 %, Köln von 50,9 auf 51,6 %, Dortmund von 48,7 auf 51,3 %, Hannover von 32,4 auf 35,8 %, Bremen von 26,9 auf 29,4 %, Dresden von 28,2 auf 31,7 %, Rostock von 25,2 auf 27 %, Nürnberg von 44,2 auf 46,7 %, Nürnberg von 40,9 auf 43,6 %, München von 39,8 auf 40,1 %, Stuttgart von 38,3 auf 44,8 %, Karlsruhe von 47,0 auf 47,5 %. Sehr stark stieg die Arbeitslosigkeit in folgenden Bezirksverbänden: in

Königsberg um 8 %, Stuttgart um 6,5 % und in Danzig um 6,1 %. Die Differenz zwischen den höchsten und den niedrigsten Arbeitslosenziffern beträgt 28,6 %. Der Bezirk Erfurt hat 55,6 %. Bezirk Rostock 27 %. Von den Hauptberufsgruppen sind bei den Maurern 45,7 % (Vor-monat 42,3 %), bei den Bauhilfsarbeitern 48,6 % (46,2 %), bei den Tiefbauarbeitern 44,4 % (43,3 %) arbeitslos.

Keine Baustelle ohne Baudelegierte!



Unterhaltung und Wissen



Das Hinterhaus.

Es ist das Aschenbrödel unter den Häusern, die hell von Licht und Sonne umflossen in den Straßen stehen. Draußen, in der von Kinderlärm erfüllten Vorstadt, in einem dunklen feuchten Hof kauert es wie ein müder alter Mann. Die Fassade, grau und zerbröckelt vom Zahn der Zeit, ist wie das zerfurchte Antlitz eines Menschen, der viel Leid und Schwere im Leben erfahren hat. Die Fenster, nüchtern und kalt in ihrer Dürftigkeit, starren wie die gequälten Augen eines Hoffnungslosen. Kein warmer Sonnenstrahl zaubert ein frohes Leuchten in ihre Scheiben. Nur Schatten und Kühle wehen jahraus, jahrein um das Hinterhaus.

Wohl hat unsere Zeit die Forderung nach Luft, Licht und Sonne auf ihre Fahnen geschrieben; wohl klingt an allen Ecken und Enden der Ruf nach gesunden und menschenwürdigen Wohnstätten, aber trotzdem gibt es noch Tausende von Volksgenossen, die in dumpfen, unhygienischen Hinterhäusern leben, in Wohnungen, die mit solchen



oft nur noch den Namen gemein haben, die nichts anderes sind als armselige Schlupfwinkel vor Wind und Wetter, Schutz gegen Regen und Schnee. Kultur und Fortschritt haben das Hinterhaus vergessen, sind breit und großspurig daran vorübergegangen, haben es links liegen gelassen. Man baut heutzutage Sportplätze, Stadien, Lust- und Sonnenbäder, gibt Millionen hierfür aus, aber man läßt Menschen weiterhin in dumpfen, dunklen und ungesunden Hinterhäusern leben.

Und doch — wie bitter nötig hätten gerade sie ein Fünkchen Licht, einen Strahl Sonne! Ist doch ihr Leben ohnehin schon umdüstert von tausend Bitternissen und Nöten des grauen Alltags. Ist doch für sie aller Reichtum nur ein leeres Wort. Auf ihren Schultern lastet zentnerschwer die Bürde der Armut. Not, Krankheit und Elend grinsen aus allen Winkeln und Ecken des Hinterhauses und Tag und Nacht huscht unermüdet Frau Sorge wie ein scheues Gespenst von Tür zu Tür und läßt sich nicht verschrecken.

Denn so ist es nun einmal: die Bewohner des Hinterhauses wandeln auf der Schattenseite des Lebens. Nicht selten sind es die Opfer kapitalistischer Ausbeutungspolitik, Abgebauete, Arbeitslose und Kurzarbeiter, die hier im grauen Hinterhaus ihre Not und ihren Jammer vor den Augen der Welt zu verbergen suchen. Sei es aber wie es wolle, mag verschuldete oder unverschuldete Armut das Hinterhaus als letzte Zufluchtsstätte aufgesucht haben, eines ist gewiß: solch ein Hinterhaus mit seinen feuchten, kalten und dunklen Räumen wird immer und ewig eine schwere Anklage gegen die Gesellschaft bedeuten, die es zuläßt, daß Menschen im zwanzigsten Jahrhundert, in einem Zeitalter des geistigen und kulturellen Aufstiegs, wie Tiere in elenden Löchern hausen!

Jah Klettere Stammbaum!

Von Max Eck-Toll.

Da mein Ur-Ur-Ur-Ur- (und noch zwanzigmal Ur) Großvater um 700 vor Christi Geburt, 220 vor Buddhas Tod als waschechter germanischer Franke so zwischen Würzburg und Frankfurt am Main am Speßart Bären jagte, auf deren Haut er sich legte und „immer noch ein Frank“, da der selig entschlafene Göttervater Wotan noch der Walküre nachstieg und Winterfürme wie heute dem Wonnemond wichen, welche Entdeckung schon vor mir Richard Wagner gemacht hat, da gab es noch keinen **V e r k e h r s s c h u h m a n n**.

Niemand hatte blislaubere weiße Handschuhe an, die nach links und rechts, nach unten und oben geheime Zeichen gaben, um den Verkehr zu regeln.

Damals regelte noch jeder seinen Verkehr, wie es ihm beliebte. Wenn zwei meckrunkene Germanen sich im Urwaldbüschel beschnüffeln trafen und die Waldschneise so eng

Klares Erkennen.

Das täglich graue Welterleben muß man begreifen und verstehen; Was frühere Zeiten uns gegeben, Muß man mit klarem Aug' erspähen; Dann wird sich unser Wissen heben, Erfahrung und Verstand erhöhen!

Nur wenn Du klüglich hast erkannt, Was die Vergangenheit uns lehrt, Dann hast Du einen festen Stand Und Dein Verstand erscheint geklärt. Erfahrung ist das feste Pfand, Das nimmermehr den Sinn betört!

Und hast Du dann den Sinn geübt, Dann wirst Du auch den Tag begreifen; Dann wird Dein Aug' auch ungetrübt Und sicher in die Zukunft schweifen; Ein Sinn, der froh den Fortschritt liebt, Wird dann Dein festes Wollen steifen!

Und Du wirst dann im hellen Schein Das Ziel erspähen, das Dir winkt; Du wirst der starke Kämpfer sein, Der um die bess're Zukunft ringt; Dann wirst Du auch der Sieger sein, Der alle Gegner niederzwingt!

Taefs.

war, so daß sie aneinanderprallten, keiner weichen, dem anderen Platz machen wollte, dann nahmen die beiden alten Germanen ihr selbstgeschmiedetes Schwert „Notung“ und hieben so lange aufeinander ein, bis einer sich hinlegte, damit der andere über ihn hinwegsteigen konnte.

Hätten die Germanen das System des Verkehrs Schuhmannes gekannt, so wäre das altdeutsche Heldengedicht, die „Edda“, viel weniger spannend und sie könnte schwerlich mit Karl May konkurrieren.

Es gab aber auch keinen Staatsanwalt, der den Täter verknackst hätte. Kriminalisten gab es auch keine. Erwischt wurde nur selten einer auf frischer Tat.

Mit einem Wort, das war wirklich und wahrhaftig die „gute, alte Zeit“.

Es gab auch keine Autos, die den Fußgänger überfuhren.

Und keine Fabriken gab es, in denen Mann und Weib vor Maschinen bis zum Hirnauströcknen jahrzehntelang ein und dieselbe Bewegung am laufenden Band machen mußten.

Und keine Kontrolluhren gab es, die genau registrierten, ob man nicht etwa zu spät aufgestanden und dafür in Strafe zu nehmen wäre.

Die alten Deutschen konnten ihren Rausch ausschlafen, solange es ihnen Spaß machte. Vorausgesetzt, daß die Frau des Hauses, Thusnelde geheißten, nicht den kräftigen Knochen eines abgenagten Bärenschinkens als Wecker benutzte.

Meine Urgroßpapas und Urgroßmamas hatten ihre eigene Villa. Sie wohnten nicht Wand an Wand, Plafond an Plafond mit ihren „lieben“ Nachbarn wie wir heute in den Kolonien, wo hauchdünne Wände uns sagen, ob unsere Nachbarin Müller Katarrh hat oder nicht.

„Jeder sein eigener Verkehrs Schuhmann!“, war der einzige Paragraph der altgermanischen Staatsverfassung.

„Jeder sein eigener Diktator!“, war die Parole.

Und meinen lieben jungen Freunden des 20. Jahrhunderts sei verraten: Es gab keine Schule. Kein Pannal. Keine Geometrie, keine Algebra, keine unregelmäßigen Verben.

Wildddiebe gab es auch keine, weil ja der Wald das Eigentum aller war mit allem, was drinnen krechtete und fleuchte.



Unsere Ur-Ur-Ur-Großväter.

Der Auerock gab mit dem Bären zusammen guten Sonntagsbraten. Eier zu Omeletts lieferten die Vögel. Nur Hasenbraten aßen die alten Deutschen nicht, da ihnen dieser Springinsfeld heilig war. Er schmeckte ihnen wohl auch nicht, da sie ja noch nicht das Land entdeckt hatten, wo der Pfeffer wächst. Und ohne Pfeffer schmeckt kein Häslein.

Und was gab es alles nicht. Sie hatten es nicht nötig über Young-Pläne sich den Kopf zu zerbrechen. Keine Relativitätstheorien renkten ihnen die Gehirnsäden auseinander. Es war ihnen egal, was Zarathustra sprach,

Stehkragen pisakten sie nicht. Pariser Mode kostete dem Gemahl kein Geld. Aerzte gaben keine schmerzhaften Injektionen, die den J.C.-Farben-Aktionären mächtige Dividenden einbringen.

Und sie lebten doch! Und bekamen gesunde, lebensfrohe Kinderchen.

Daß dem so ist, dafür bin ich da, denn ich wäre und ihr alle wäret nicht da, wenn dem nicht so wäre.

Saßen sie nach der Jagd abends im Scheine der flackernden Holzleuchte beim Met (M.C.T., daher mein feuchtfrohlicher Name in Abkürzung!!!), dann veräuerte ihnen nicht irgendeine Demonstration auf der Straße ihr dionysisches Dasein.

Und Steuern? ... Die alten Germanen hätten dem künftigen Finanzamtsinspektor etwas gepfliffen!

O selig, o selig, ein alter Germane um 700 vor Christi Geburt zu sein!

Da ich solcherart in meiner Stammbaum-Chronik herumblättere, weiß ich auch, warum der Berliner Zahnarzt Dr. Ritter mit seiner Studienfreundin nach den menschenverlassenen Galapagosinseln geflüchtet ist.

Das mit dem Studium der vegetarischen Ernährung ist eitel Bluff. Dr. Ritter und Gefährtin werden schon aus den zahlreichen Riesenschildkröten, die die Insel bevölkern, sich kräftige Suppen kochen.

Der kluge Herr wollte nur wieder sein wie seine germanischen Ur-Ur- (zwanzigmal Ur!) Großväter waren.

Fern vom Telephon, fern von den Autos und moderner Musik und kubistischer Malerei und neuer Sachlichkeit.



Moderne Germanen auf Galapagos.

Dort wollte er sein, wo es weder Finanzämter noch Gerichtsvollzieher gibt.

Ich komme nach, edler Galapagos-Germane, und nehme mir eine junge, hübsche Germanin mit, auf daß wir die Insel bevölkern mit Menschen altgermanischer Sachlichkeit.

Eine Insel für Robisonaden zu zweit werde ich noch finden.

Dann soll es wieder so werden wie zu Ur-Ur-Ur-Ur-Großvaters Zeiten.

Einen Radiovieröhrenempfänger bringe ich mit, damit wir einen Bindestrich zwischen 700 vor Christi und dem zwanzigsten Jahrhundert haben.

Er soll uns Warnung sein, wenn wir je eine Regung nach Germanien von heute haben sollten.

Und wir lachen uns einen Akt, wenn wir einen Vortrag über „Demokratie und Diktatur“ hören, weil uns das gar nichts angeht.

Und wird es uns zu dumm, dann erden wir eben unsere Antenne auf unserer Insel Grund.

Womit ich Ihnen allen eine „gute Nacht“ wünsche!



Clend.
In engen Höfen die Todesgruft; statt Licht und Sonne verpestete Luft.
Modernde Mauern, faulend' Gebälk — Schwindsucht und Tod reiche Ernte hält.

Verwahrloste Wesen — Menschen soll'n's sein — schon früh verbraucht im Kampf um das Sein!
Vergrämt und verbittert durch große Not — Sie fluchen dem Leben Und wünschen den Tod!

Kurt Donath.

Kinder.
Im Spielzimmer herrscht Totenstille. Besorgt öffnet die Mutter die Tür und bemerkt Fritz und Elli Hand in Hand unbeweglich dastehen.
„Kinder warum seid ihr denn so ruhig?“ fragt die Mutter.
„Störe uns nicht, Mama, wir spielen Hochzeitsreise.“
„Aber wo ist denn der kleine Karl?“ ruft die Mutter aus.
„Der ist vorläufig hinter der Gardine versteckt und wartet auf die Stunde seiner Geburt.“
(„ur“)

Die Zitrone.
Der Borer Schmelting bestellt sich irgendwo eine Zitronenlimonade. Der Kellner bringt Wasser, Zucker, eine Zitrone. Max nimmt die Zitrone, drückt einmal kräftig — kein Tropfen ist mehr drin. Max wetzet mit den Umfingern, daß niemand mehr einen Tropfen herausdrücken kann. Alle versuchen, keinem gelingt's. Da meldet sich ein schwächliches Männchen, versucht — und siehe da, drei Tropfen gibt die Zitrone her. „Sie sind wohl Artist?“ fragt Max.
„Nein,“ sagt der Mann — „ich bin nur Beamter beim Finanzamt.“

s. m.

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Gesperrt sind: das Abbruchgeschäft von August Erich, Baustelle Dynamitfabrik bei Geesthacht, Baugewerkschaft Hamburg, wegen Lohnabzug; die Arbeitsstellen der Firma Richard Schöbe aus Sigenroda in Borkewitz und Borken wegen Tarifbruch; die Firma Wenzel Schwalb in Emden wegen Tarifbruch; die Bauausführungen von Bruno Müller, Verwaltungsdirektor Willy Kropf und Edmund Koban in Ehrenberg bei Hohnstein, Baugewerkschaft Pirna, wegen tarifwidrigem Lohnabzug.

Fliesenleger: Gesperrt ist in München die Firma Norbert Berger.

Töpfer: Gesperrt sind in Gleiwitz die Firma Sochiera wegen Zahlungsunfähigkeit, in Oppeln die Firma Kanjora wegen Nichtanerkennung der Lohnkommission, in Halle a. d. S. Wilhelm Stahl, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Landsberg a. d. W. die Firma Alex Kaczowski wegen Zahlung untertariflicher Löhne, in Magdeburg die Firma Jollweger & Sohn wegen Nichtzahlung des Lohnes, in München die Firma Norbert Berger wegen rückständiger Löhne, in Zeitz die Ofengeschäfte Gustav Neumann, Gustav Hörnicke und Emil Böhme.

Pirna. Im vorigen „Grundstein“ sperrten wir die Bauausführungen der Bauunternehmer Bruno Müller, Verwaltungsdirektor Willy Kropf und Edmund Koban in Ehrenberg bei Hohnstein. Wir sind dazu gezwungen, weil diese drei Bauunternehmer den wirtschaftlichen Druck in der gemeinsamen Weise ausnützen, indem sie den in ihren Betrieben beschäftigten Maurern, Zimmerern und Bauhilfsarbeitern trotz allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrages 18 J unter Tariflohn zahlen. Wir ersuchen um strenge Einhaltung der Sperre.

Aus der Sozialgesetzgebung

Keine nachträgliche Anerkennung von Versorgungsansprüchen. Auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums ist — wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten mitteilt — dieser Tage ein Rundschreiben an die Direktoren sämtlicher Hauptversorgungsämter wegen weiterer Einschränkung der Bescheide nach § 71 des Verfahrensgesetzes herausgegangen. Danach sind im Fall des § 71 W. G. in der Regel neue Bescheide auf entsprechenden Antrag überhaupt nicht mehr zu erteilen, es sei denn, daß von den prüfenden Versorgungsämtern festgestellt werden kann, daß die frühere Entscheidung unzweifelhaft unrichtig ist. Der Erlaß betont, daß es nicht genügt, wenn Zweifel an der Richtigkeit festgestellt werden, vielmehr muß die Unzweifelhaftigkeit erwiesen sein. Der gleiche Erlaß regelt weiter die Bescheiderteilung in den Fällen des § 28 W. G. betr. die nachträgliche Gewährung von Ausgleichszulagen. Auch hier ist nur zu prüfen, ob die feinerzeitige Entscheidung unzweifelhaft unrichtig ist. Ferner ist auf Grund des § 113 W. G. zu prüfen, ob etwa eine unbillige Härte vorliegt. Kommt das Versorgungs- oder Hauptversorgungsamt zur Anerkennung eines Anspruchs, so hat es vor Erlaß eines entsprechenden günstigeren Bescheides die Zustimmung des Reichsarbeitsministeriums einzuholen.

Einschränkung der Zusatzrentennachzahlungen. Der Reichsarbeitsminister weist — dem Pressedienst des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten zufolge — in einem Erlaß darauf hin, daß Nachzahlungen der Zusatzrenten für einen Zeitraum vor der Antragstellung entsprechend § 92 des Verfahrensgesetzes künftig nur dann zu leisten sind, wenn zweifellos ein unabwendbares Bedürfnis hierzu vorliegt. Glauben die Fürsorgestelle und die Hauptfürsorgestelle ausnahmsweise eine Nachzahlung für einen über drei Monate hinausgehenden Zeitraum vor der Antragstellung befürworten zu sollen, so ist darüber die Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums einzuholen. Nachzahlungen bis zu drei Monaten bedürfen der Genehmigung der Hauptfürsorgestelle. Dieser Erlaß ist eine Ergänzung des Erlasses vom 15. September 1930, wonach Nachzahlungen für Bezüge, die auf Grund des § 71 des Verfahrensgesetzes, auf Grund von Kannvorschriften der Versorgungsgeetze usw. bewilligt werden, völlig befristet wurden.

Aus den Bezirksverbänden

Bezirksverband Breslau. Zum 5. und 6. November waren die Angestellten, Geschäftsführer und Kassierer unseres Bezirks nach Breslau zu einer Konferenz geladen. Der Bezirksleiter, Kollege Arthur Schmidt, berichtete über die Arbeitskrise und über das Verhalten des Unternehmers im Bezirk. Aus diesem Verhalten sei zu schließen, daß man beachtlich für das kommende Frühjahr eine Lohnsenkung vorbereiten und hierfür Material zu beschaffen. Zurzeit sind nach der Statistik etwa 43 % der schlesischen Kollegen arbeitslos. Jedoch die wöchentliche Berichterstattung sei im Bezirk mangelhaft; wäre sie genauer, so müßten mindestens 50 % Arbeitslose herauskommen. Die in der Berichterstattung säumigen Baugewerkschaften sollen, falls sie bei diesem Mangel verharren, im „Grundstein“ veröffentlicht werden. Dieser Auffassung stimmte auch die Konferenz zu. Besonders machte Kollege Schmidt auch auf eine erstrebenswerte bessere Ordnung in den Karteien aufmerksam. Es hat sich herausgestellt, daß in den Karteien nicht immer die nötige Sorgfalt herrscht. Mehr als bisher müssen nach dieser Richtung hin die Baugewerkschaften kontrolliert werden. Besonders wurde auch die Tätigkeit der Gesellenausschüsse in der Instanz für Lehrlingsstreitigkeiten und in der Schlichtungskommission besprochen. Mehr als bisher müssen unsere Kollegen, die in solchen Ausschüssen tätig sind, geschult werden, damit sie das nötige Wissen und die Routine besitzen, den an sie gestellten Anforderungen gewachsen zu sein. Auch über den Bauarbeiterfuß wurde gesprochen und gewünscht, daß in diesen Fragen mehr als bisher mit den Gewerbeaufsichtsamtern Fühlung genommen wird. Besonders Aufmerksamkeits wurde der Frage der Ausbildung und Schulung im Lehrlingswesen zugewendet. Für unser Schulheim am Werfsee müssen die geeigneten Kräfte

ausgesucht werden. Besont wurde, daß die Angestellten der Baugewerkschaften ihre Tätigkeit mit der Tätigkeit der Körperschaftsvertreter in Einklang bringen müssen. Unter keinen Umständen dürfe die Organisationsarbeit, besonders auf den Bauten, Schaden erleiden. Die Bezirksleitung ersucht ferner, daß sich die berufenen Kollegen mehr als bisher um unsere Bauhilfsbewegung kümmern müssen. Der Gesellschaftsvertrag des Verbandes sozialer Baubetriebe muß überall zur Durchführung gebracht werden. Vor allem ist dem § 9 vollkommenste Achtung zu verschaffen. Besprochen wurden ferner die Werbemethoden von Mitgliedern der christlichen Organisation. Ganz besonders in Oberschlesien nimmt die Unduldsamkeit der Christlichen unserer Kollegen gegenüber Formen an, die ein gewerkschaftliches Zusammenwirken auf die Dauer unmöglich erscheinen lassen. Durch wirtschaftliche Maßnahmen werden unsere Kollegen unter Druck gesetzt und veranlaßt, zum christlichen Verband überzutreten. Wenn solche Methoden nicht aufhören, dann werden wir genötigt sein, mit gleichem Maße zu messen. — Auf allen hier angeschnittenen Gebieten wurde auf der Konferenz vollkommene Einmütigkeit erzielt. Alle Kollegen waren der einmütigen Auffassung, daß die Baugewerkschaften mehr als bisher zentralisiert werden müßten. — Am nächsten Tage besuchten die Konferenzteilnehmer das Staubeckengebiet O t t m a c h a u. In zuvorkommender Weise hatte das Staubeckenbauamt den Bauarbeiter, Herrn Freund, als Führer zur Verfügung gestellt. Herr Freund verstand es in ausgezeichnete Weise, dieses gewaltige Bauprojekt zu erläutern. Die Kollegen als Fachleute waren von dem Ausmaß dieses Baues in bezug auf Bagger und sonstige Maschinenfähigkeit überrascht; auf dem mit einem Kraftwerk verbundenen Baugrundablaß sind die neuesten Arbeitsmethoden am laufenden Band vorzuführen. Besonders sehenswert war auch das Bauvorhaben am Umflutkanal. Es wurde gewünscht, daß jeder Kollege vom Bau einmal ein derartiges Bauwerk sehen könnte; es ist die einzige Sperre, die fast zu ebener Erde durch gewaltige am Grunde über hundert Meter breite Dämme eingedeicht wird. Die Sperre ist 10 Kilometer lang und hat bei höchster Anstauung einen Fassungsraum von 143 Millionen Kubikmeter. Beschäftigt werden auf dem Werk ins-

In diesen Tagen erschienen drei Massenbroschüren zum Kampf gegen die Katastrophenpolitiker:

1. Reichstagsrede des Abgeordneten Dr. W. Hoegner vom 18. Oktober 1930
Der Volksbetrug der Nationalsozialisten
Mark 0,20
2. Adolf Schlucks. Eine Materialsammlung
Kampf dem Faschismus
Mark 0,20
3. Fritz Naphtali
Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit
Mark 0,30

Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen.

gesamt rund 2000 Mann, die zwei Arbeitsgemeinschaften bilden, und zwar am Dammbau und am Grundablaß. Am Dammbau ließ das Organisationsverhältnis manches zu wünschen übrig. Das kommt daher, daß die Arbeitsämter ausgesetzte erwerbslose Arbeiter zu solchen Arbeiten senden, von denen der größere Teil naturgemäß unorganisiert ist. Von den Konferenzteilnehmern wurde noch gewünscht, daß solche Konferenzen nicht nur immer in Breslau, sondern auch einmal in anderen Orten des Bezirkes abgehalten werden mögen.

Bezirksverband Nürnberg. (Nördl. Oberpaltz.) Am 9. November tagte in Schwandorf eine Konferenz der Baugewerkschaften Amberg, Hirschberg, Sulzbach, Weiden und Schwandorf. Vollzählig waren die Vorstände, Kassierer und Funktionäre dieser Baugewerkschaften erschienen, um über die wichtigsten Fragen unseres Aufgabengebietes gemeinsam zu beraten und gemeinsame Richtlinien aufzustellen. Bezirksleiter Kollege Merkel kam in seinem ausgezeichneten Vortrag zunächst auf den Stand unserer Organisation zu sprechen. Erfreulich ist, daß trotz aller Widerwärtigkeiten, Not und Arbeitslosigkeit unser Bund mit geringen Abweichungen seinen Mitgliederstand gehalten hat. In seinen weiteren Ausführungen streifte Merkel auch die Arbeitslosenversicherung in der Krisenfürsorge. Noch lange sind wir mit diesen Einrichtungen nicht zufrieden! Aber unserem Baugewerksbund haben wir es zu danken, daß endlich die Ausnahmebestimmung gegen die Bauarbeiter gefallen ist und auch diese in die Krisenfürsorge aufgenommen werden. Vor allem verdient hervorgehoben zu werden, daß es durch die Bemühungen unseres Bundes in Bayern gelungen ist, die Bauarbeiter auch in Städten unter 10 000 Einwohnern in die Krisenfürsorge hineinzubekommen. Nun gilt es aber auch noch für die ausgesetzten Kollegen, die noch ausgeschlossen sind, zu sorgen. Auch sie müssen wieder zu besseren, menschenwürdigeren Verhältnissen kommen! Dabei wissen wir, daß unsere soziale Lage nicht durch das Arbeitslosenproblem gelöst werden kann! Darum unser Ruf: Schafft Arbeit! Verkürzt die Arbeitszeit! Ein weiterer Punkt, der behandelt wurde, war das Bildungswesen. Auch auf diesem Gebiet schafft unser Bund Vorbildliches. Mehr denn je bedürfen wir des geistigen Aufzuges. In diesem Zusammenhang wurde auf unsere Lichtbildabteilung hingewiesen. Lichtbildvorträge im Winter sollen dazu dienen, unser Wissen zu erweitern und vor allen Dingen unsere Frauen mehr für unsere Kämpfe und Arbeit zu interessieren. In ihren Händen ruht die Heranbildung und Erziehung unserer Jugend. Diese hohe Aufgabe können sie aber nur dann in unserem Sinne erfüllen, wenn sie selbst mit unserem Willen vertraut sind. Die Aussprache bestätigte, daß unsere Kollegen Vertrauen zu ihrer Organisation haben und daß sie einmütig und geschlossen und mit voller Ueberzeugung zum Bunde stehen. Auch die Einführung der Koststandsbeiträge wurde anerkannt und gebilligt. Drückt uns alle auch schwere Not, und ist unser Dasein nicht gerade rosig, so ist es doch noch manchem möglich, durch einen Beitrag die noch größere Not unserer

ärmsten Kollegen etwas zu mildern. Besondere Anerkennung fand der Beschluß, nach dem unsere Angestellten von ihrem Gehalt 10 bis 15 % monatlich diesem Koststands-fonds zuführen wollen. — Die Konferenz klang aus in dem Willen, auch künftig alle Kräfte anzuspannen, um durch unsere Organisation die Lage der arbeitenden Bauarbeiter-schaft und damit der gesamten Arbeiterschaft zu bessern.

Aus den Baugewerkschaften

Aachen. (30-jähriges Bestehen unserer Baugewerkschaft.) Am 8. November feierte unsere Baugewerkschaft ihr 30-jähriges Bestehen. Verbunden war die Feier mit der Ehrung von 7 Jubilaren. Die Festrede hielt Kollege Ahrens. Er betonte, wie schwierig es in den 90er Jahren gewesen sei, in der äußersten Ecke des Reiches die Kollegen zu organisieren. Ganz besonders wurde die Baugewerkschaft von den Nachbarländern in ihrer Entwicklung gehemmt. Unsere Kämpfe wurden zum größten Teil von diesen Ländern zunichte gemacht. Der Redner dankte ganz besonders den Jubilaren für ihre Treue, die sie dem Bunde bewahrt haben und forderte die jugendlichen Kollegen auf, es den Ältern nachzumachen, damit der steinige Boden fruchtbar werde. G a f l e r dankte namens des W. G. B. der W. F. L. und des V. a. B. und wünschte der Baugewerkschaft die besten Erfolge in der Zukunft. Der Vertreter des Polierbundes wünschte, daß die Baugewerkschaft künftig noch viel enger mit ihnen zusammenarbeiten möge. Kollege Janßen überreichte dann namens des Vorstandes den Jubilaren die Ehrenurkunde sowie die silberne Nadel. Danke dann den Frauen unserer Jubilare für ihre treue Mithilfe und bat sie, auch weiterhin ihrem Mann in der Pflichterfüllung für den Bund treu zur Seite zu stehen. — Verschönert wurde die Feier durch musikalische, humoristische und gesangliche Darbietungen sowie Tanz.

Bonn. (Eine Jammervorlesung.) Nach der Berufsstatistik gehört der Bauarbeiter zum Saisongewerbe. Die Bezeichnung Saisonarbeiter ist ein Unfug, tatsächlich ist er nur noch Gelegenheitsarbeiter. Das beweist eindeutig eine statistische Erhebung über die Arbeits- und Unterhaltungsverhältnisse der Mitglieder unserer Baugewerkschaft am 1. Oktober. In 23 Orten unserer Baugewerkschaft waren von 730 Kollegen 271 = 37,1 % beschäftigt, 192 Kollegen = 26,32 % erhielten Arbeitslosenunterstützung, 158 Kollegen = 21,64 % wurden von den Wohlfahrtsämtern unterstützt, 90 Kollegen = 12,32 % erhielten keine Unterstützung und 19 Kollegen = 2,62 % wurden erwerbsunfähig krank von den Krankenkassen unterstützt. Während im Gebiet unseres Bundes durchschnittlich 39,86 % erwerbslos waren, waren es am 1. Oktober in unserer Baugewerkschaft 62,9 %. Innerhalb des ganzen Jahres bewegt sich die Arbeitslosigkeit um 16 bis 29 % über dem Reichsdurchschnitt. Jedes zweite Mitglied befand sich am 1. Oktober in öffentlicher Unterstützung. Davon war jedes fünfte Mitglied Wohlfahrtsempfänger und jedes achte Mitglied mußte sich ohne Unterstützung erhalten. Letztere müssen in den meisten Fällen von den übrigen Familienmitgliedern erhalten werden. Die Wohlfahrtsempfänger und ausgesteuerten Mitglieder sind langfristige Erwerbslose. Ist es auszuwenden, daß Arbeiter in ihren besten Lebensjahren länger als ein halbes Jahr arbeitslos sind? Die moralische und soziale Verarmung schreit zum Himmel! Dürfen die Bauarbeiter überhaupt noch eine Besserung erwarten? Alle bisherigen Regierungsmaßnahmen berechtigen keine derartige Hoffnung. Die ganze baugewerbliche Tätigkeit besteht in unserem Gebiet fast nur aus Wohnungsbau. Wie soll es aber werden, wenn die Regierung in ihrem „Sanierungsprogramm“ die öffentlichen Zuschüsse bis 50 % der bisherigen Mittel abbroschelt. Kann man solche Regierungsmaßnahmen gegenüber dem Wohnungsbau noch als verantwortl. betrachten?

Essen. (Nochmals Nachweis beim Essenarbeitsamt.) Aus Süderode-Weißborn erhalten wir ein Schreiben, aus dem einwandfrei hervorgeht, daß wir seinerzeit mit unseren Ausführungen im „Grundstein“ Nr. 30/1930, Seite 289 recht hatten. Tatsache ist, daß hier fortgesetzt Unternehmer, Poliere und Bauarbeiter auswärtige Arbeiter einstellen, bevor sie einheimische Arbeiter annehmen. Trotz aller Kaufel des Stadtbauamtes bringen es die Unternehmer im Einverständnis mit dem baugewerblichen Vertreter der größten Fraktion in Essen in Essen geben. Der Maurer Johannes Vogt aus Weißborn-Süderode, geboren 1879, arbeitet in Essen. Bei welcher Firma kann ich nicht schreiben. Er hat es aber nicht nötig, dort den Mauern die Arbeit wegzunehmen. Denn er hat hier Haus, Land und 2 Kühe; verkauft fette Schweine, schlachtet für sich auf Dauerware fürs ganze Jahr, verkauft Butter und Eier, Korn für Brot hat er für seine Familie genug. Hafer hat er heute noch mit dem Dampfdrescher gedroschen. Gerste und 200 Zentner Kartoffeln hat er im Keller. So ein Mann arbeitet noch in Essen! Da sollte doch das Arbeitsamt besser tun, diesen aus der Arbeit zu ziehen und einen Bedürftigen von dort einstellen zu lassen. Aber wer genug hat, dem wird auch noch Arbeit gegeben! Dabei hört man doch immer noch von Arbeitsmangel. Dieser Vogt gehört nicht an die Arbeit, er kann keine Landwirtschaft führen. Am 9. Mai kaufte er noch 4 Morgen Land zum höchsten Preis. Hier wird gesagt, der Mann schwimmt im Gelde. Daß dies der Wahrheit entspricht, kann der Amtsvorsteher und Schulze, Pfarrerodt, bezeugen. — Wenn schon die Landsleute solcher Parasiten sich über ihre Mitmenschen beschweren, dann kann man verstehen, daß die hiesige Bauarbeiter-schaft gegenüber solchen Auswüchsen, das von der von uns seinerzeit benannten Seite noch begünstigt wird, empört ist. Darum heißt es: Augen auf und Zusammenschluß aller Baupoliten im Baugewerksbund, um Zwischenhebern und sonstigen Parasiten ihr unsauberes Handwerk lehren zu können!

Aus den Fachgruppen

Betonarbeiter. Köln. An der Versammlung des Vorstandes und der erweiterten Lohnkommission der Betonarbeiter am 2. November nahm auch Kollege G ö t t e r t, Berlin, teil. Zunächst schilderte Kollege D r e w k e noch einmal eingehend die

erfolgreichen Bemühungen, unter Zuhilfenahme der Tarifinstanzen (Tarifamt) die Unternehmer zu verpflichten, gemäß Vereinbarung über Akkordarbeit im RTW, einen Akkordvertrag abzuschließen. Obwohl der zugrunde gelegte Schlüssel von 50 % weit überschritten sei, habe das Tarifamt doch aus der Bestimmung der Vereinbarung über Akkordarbeit, wonach es heißt: „so soll zwischen den örtlichen oder bezirklichen Organisationen usw.“ eine Verpflichtung der Unternehmer zum Abschluß eines Akkordtarifvertrages nicht erblicken können und unseren Antrag abgelehnt. Das bedeute, daß der bisherige Zustand auch in Zukunft weiter bestehen soll. Dies sei aber, gemessen an den köstlichen Verhältnissen, nicht tragbar. Es sei nun über Mittel und Wege zu beraten, wie diesem Zustand abgeholfen werden kann. Kollege Göttfert meinte, der beste Weg sei der, die wilde Akkordarbeit zu verweigern, im Stundenlohn zu arbeiten und zwar solange, bis die Unternehmer gewillt sind, mit unserer Organisation einen Akkordvertrag abzuschließen. Bei der heutigen katastrophalen Arbeitslosigkeit sei überhaupt jegliche Akkordarbeit und die Forderung nach Ueberstunden abzulehnen. Jedoch müsse die Akkordarbeit in Orten, wo sie üblich ist, unbedingt tariflich geregelt werden. — Einstimmig wurde der Kollege Göttfert beauftragt, dem Bundesvorstand die vorgebrachten Wünsche zu unterbreiten und bei Erneuerung des RTW, dafür einzutreten, daß diese Wünsche Berücksichtigung finden. Im weiteren wurde gewünscht, die Reichsfachgruppenleitung möge mehr als bisher auf die Bildung von Fachgruppen in den einzelnen Baugewerkschaften hinwirken und dann von Zeit zu Zeit bezirkliche Konferenzen einberufen, um Gelegenheit zu geben, sich über Fachgruppenangelegenheiten auszusprechen. Solche Zusprachen seien unbedingt notwendig und würden bestimmt den Abschluß eines bezirklichen Akkordtarifvertrages für Köln begünstigen.

Löpfer und Fliesenleger.

Der Lohnkampf der Ofenformer. Am 10. November waren im Reichsarbeitsministerium die vom Verband der deutschen Kachelofenfabrikanen beantragten Schlichtungsverhandlungen. Als Schlichter war vom Reichsarbeitsminister Herr Regierungsdirektor Friebländer bestellt, der schon das Schlichtungsverfahren in unserer Mantelfaristfreitigkeit im Frühjahr 1930 geleitet hatte. In der Vorverhandlung wiederholte der „junge Mann“ des Herrn Syndikus — der Syndikus selbst hatte für sich die Verhandlungen in der Schlichterkammer reserviert — die Forderung nach einer Lohnkürzung bis zum Stand der Löhne vom 30. September 1927. Das würde einen Lohnabbau von 13 % bedeuten. Er „begründete“ dieses unerhörte Verlangen vor allem mit dem Schiedspruch im Metallgewerbe und den üblichen Hinweisen auf die schwierige Lage in der Kachelofenindustrie. Sogar eine Senkung der Lebensmittelpreise — vor allem für Kartoffeln — glaubte der junge Herr feststellen zu können. Was mag man ihm alles erzählt haben? Kollege Lötter konnte demgegenüber nachweisen, daß wir immer bemüht waren, das Kachelofengewerbe zu fördern. Unsere Lohnpolitik sei von den Umwandlungen der Heiztechnik stets mäßigend beeinflusst worden. Die höheren Verdienste gegenüber der Vorkriegszeit sind vor allem auf die verstärkten Arbeitsleistungen zurückzuführen. Der Lohnkostenanteil des Formers am Produkt, über dessen Höhe von den Unternehmern Schauermärchen erzählt werden, ist gegenüber der Vorkriegszeit bedeutend gesunken. Er betrug damals 25 % und beträgt heute nur etwa 20 %. Die vielfach schon jahrelang herrschende Kurzarbeit hat die Verdienste eines großen Teiles der Ofenformer weit unter das Existenzminimum gedrückt. Angesichts dessen und des weiteren Umstandes, daß man vor dem Winter mit seinen erhöhten Ausgaben stehe, sei es unverantwortlich, Lohnkürzungen zu verlangen. Mit solchen Methoden verdränge das Unternehmertum die guten Facharbeiter. In großen Ofenfabriken geben die Ofenformer bereits ihre Arbeitsplätze auf, weil sie sich bei ständiger Kurzarbeit mit niedrigen Verdiensten nicht mehr ernähren können. Auch der Hinweis der Unternehmer auf das Regierungsprogramm sei völlig abwegig. Dieses sieht für die Beamten eine Gehaltskürzung um 6 % erst vom 1. April 1931 an vor und läßt Einkommen bis 1500 M im Jahre zuzüglich der Familienzulagen von jedem Abzug frei. Ein großer Teil der Ofenformer verdient aber dieses Einkommen nicht. Zu den niedrigen Verdiensten kommt heute noch die Belastung des Arbeiterbudgets durch die Auswirkung der Notverordnung. Im übrigen befone die Begründung zu dem für das Metallgewerbe in Berlin gefällten Schiedspruch ausdrücklich, daß dieser nicht zum Maßstab für alle Entscheidungen in Wirtschaftskämpfen genommen werden könne. Für die deutschen Ofenformer ist jeder Lohnabbau untragbar. — Da eine Verständigung nicht zu erreichen war, wurde die Schlichterkammer gebildet. Als Arbeiterbeisitzer gehörten ihr die Kollegen Lötter, Kemnitz und Richter an. Die Unternehmer ließen sich durch Dr. Hillenbrandt, Dr. Banniger und Dr. Bartels vertreten. Nach stundenlangen Beratungen wurde gegen die Stimmen unserer Beisitzer folgender Spruch gefällt: Die zum 30. September gekündigten Zuschläge gelten bis zum 30. November 1930. Vom 1. Dezember bis zum 31. Dezember 1930 wird der Zuschlag von 24 % auf 20 % herabgesetzt und vom 1. Januar bis zum 30. Juni 1931 auf 15 %. Dieses Abkommen ist erstmalig zum 30. Juni 1931 mit monatlicher Kündigungsfrist kündbar. Erklärungsfrist der Parteien ist der 19. November 1930. — Diesen Schiedspruch lehnen wir natürlich ab. Wie wirtschaftlich unsinnig diese Abbauperiode sind, geht daraus hervor, daß die Unternehmer dem Schlichter keine bestimmten Angaben und Zusagen machten über eine etwaige Preisenkung der Kachelofenpreise nach dem Lohnabbau. Unerfindlich ist, wie der Schlichter trotzdem diesem Abbau zustimmen konnte. Es hatte den Anschein, als wenn er wirtschaftlichen Ueberzeugungen nicht mehr folgen durfte, sondern den Schiedspruch schon vor den Verhandlungen fertig hatte. Die Unternehmer werden die Verbindlichkeit des Schiedspruches beantragen. Wir werden uns dagegen zu wehren wissen. Die Entscheidung liegt jetzt bei den Kollegen. Sie dürfen unter keinen Umständen in betriebliche Lohnkürzungen einwilligen. Solange die Zuschläge nicht den einzelnen Kollegen gekündigt sind, gelten sie in der bisherigen Höhe von 24 % weiter. Jede Kampfmaßnahme des Unternehmers ist sofort der örtlichen und der bezirklichen Organisationsleitung zu melden. Kein Kollege darf im Betrieb eine Sonderabmachung abschließen! Kollegen, verteidigt eure ohnehin niedrigen Löhne! Steht fest zur Gewerkschaft! Beachtet die Anweisungen der Organisationsleitung!

Allgemeine Rundschau

Tiefpunkt überschritten. Unter dieser Ueberschrift nimmt Reichsarbeitsminister Stegerwald zum Sanierungsprogramm und zur Sozialpolitik der Reichsregierung Stellung. Nachdem er im wesentlichen die gleichen Auffassungen wie kürzlich im Reichsrat vertritt, worüber wir in Nr. 46 berichtet haben, kommt er zu folgendem bemerkenswerten Schluß: „In Deutschland ist gegenwärtig in den breitesten Kreisen eine Mutlosigkeit anzutreffen, die nicht immer begründet ist, und der nachdrücklich entgegengewirkt werden muß. Deutschland hat in den Kriegsjahren 1917/18, 1919 nach dem Waffenstillstand und in den Inflationsjahren 1922/23 schon Schwereres überstanden, als im nächsten Winter überwunden werden muß. Im Ausland beurteilt man die deutsche Gesamtlage vielfach sehr viel zutreffender als in Deutschland selbst. Wenn jemand vor 12 Jahren, nach dem Waffenstillstand von Compiègne, gefagt hätte, daß Deutschland im Jahre 1930 den englischen Außenhandel überflügeln würde (was früher nie der Fall war), dann wäre er für unzurechnungsfähig erklärt worden. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind der wirtschaftliche Gewinner des Krieges. Amerika hat heute etwa 60 Milliarden RM Guthaben an Europa und steht der Bewältigung seines Arbeitslosenproblems mit 5 bis 6 Millionen Arbeitslosen bestimmt nicht gerüsteter gegenüber als Deutschland. In England ist die letzte konservative Regierung an der Arbeitslosenfrage gescheitert, wie auch die jetzige Regierung der Labour Party daran zu scheitern droht. Deutschland hat bis jetzt seine Arbeitslosen besser als Amerika durchgehalten. Deutschland hat trotz Kapitalverknappung, woran Amerika und England nicht kranken, im letzten Sommer etwa 800 Millionen RM für Arbeitsbeschaffung aufgebracht. — Sobald das Sanierungsprogramm der Reichsregierung durchgeführt sein wird, wird weiteren größeren Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten nachgegangen werden. Wenn nicht alles krügt, dürfte Deutschland alsbald an seiner tiefsten Talsohle angelangt sein. Dann muß durch Zusammenfassung aller Kräfte an die Aufbau- und Aufstiegsarbeit herangegangen werden. Darüber wird in den nächsten Wochen und Monaten im einzelnen weiter zu reden sein.“

Gänlige Beitragszahler verlieren ihre Rechte!

Für die Woche vom 16. bis 22. November ist der 47. Bundesbeitrag für 1930 zu zahlen.

Unterstützungsentzug eine sozialpolitische Tat ersten Ranges. Die „Nordwestdeutsche Handwerkszeitung“, das amtliche Organ einer ganzen Reihe von Handwerkskammern, die sehr verwandt sind mit dem Reichsverband des Deutschen Handwerks, der sich angeblich einseht für die Sicherung und Erhaltung des Berufsstandes, nimmt in ihrer Nr. 45 zu der Frage der Arbeitslosenversicherung der Bauarbeiter Stellung und wiederholt die schon bekannte Forderung der Herausnahme der sogenannten Saisonarbeiter aus der Arbeitslosenversicherung. Nach der Darstellung dieses Blattes „schenkt“ das deutsche Volk den hochbezahlten Bauarbeitern die Arbeitslosenunterstützung, trotzdem die Bauarbeiter diese Unterstützung wegen ihrer hohen Löhne gar nicht nötig hätten. Daß die Bauarbeiter immer noch auch für die Winterzeit Arbeitslosenunterstützung beziehen können, sei auf politische, nicht auf soziale Gründe zurückzuführen, nämlich darauf, daß die stamm gewerkschaftlich organisierten Bauarbeiter „Stützen der Bonzenkrone“ seien, und deshalb zu ihren Saisonlöhnen noch ein besonderes Geschenk in Gestalt der Arbeitslosenunterstützung bekommen. — Die „Handwerkszeitung“ entblödet sich also selbst in diesem Jahr nicht, wo fast die Hälfte aller Bauarbeiter dauernd arbeitslos ist, auf die Bauarbeiter herumschütteln. Sie hat sich eine feine Rechnung aufgemacht, die zeigen soll, daß die Unterstützung der Bauarbeiter eine soziale Ungerechtigkeit ist. In Wirklichkeit zeigt der ganze Aufsatz nichts weiter als eine überaus selten anzutreffende Rücksichtlosigkeit und Dummheit. Zum Schluß fordert sie, daß die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung mindestens für die Bauarbeiter die Bedürftigkeitsprüfung einführen müsse, die sich aber von der früheren Bedürftigkeitsprüfung dadurch unterscheiden müsse, daß „eine Bedürftigkeit infolge eigenen Verschuldens keine Bedürftigkeit im Sinne des Gesetzes ist.“ Wenn ein nur 39 Wochen im Jahr beschäftigter Bauarbeiter könnte seinen Mehrverdienst sinngemäß für den arbeitslosen Winter aufsparen. Die Verwirklichung dieser Forderung wäre nach diesem Blatt eine sozialpolitische Tat ersten Ranges und außerdem ein dringendes Gebot für die Reichsfinanzen. — Die „Nordwestdeutsche Handwerkszeitung“, die sich als Schützer der Reichsfinanzen aufspielt, täte viel besser, wenn sie für die Koffgänger des Staates diese Forderung aufstellte. Da werden zahlreiche Subventionen nicht nur für die Landwirtschaft gegeben, sondern auch Industrieunternehmen, wie Schichau, Mansfeld und andere, wollen ihre Betriebe mit Staatsmitteln sanieren lassen. Da sind die Großreedereien und die Werften, die ständig bedeutende Zuschüsse aus dem allgemeinen Steuerfäkel bekommen haben. Davon weiß wahrscheinlich dies angeblich den Interessen der Handwerksmeister dienende Organ nichts. Es ist in seinen privatwirtschaftlichen Anschauungen, die auf einer überholten Vorstellung vom Wirtschaftsleben beruhen, reifungslos verblieben. Es merkt nicht einmal, daß man diese Subventionen nur geben kann, indem man anderen Volksebenen des deutschen Volkes die Mittel dazu aus der Tasche zieht. Das ist der berühmte patriarchalische Geist der Handwerksmeister! Die Arbeiterschaft kann auch an diesem Beispiel erkennen, wie stockreaktionär und mit welcher vassallischen Untertanentreue der sogenannte Mittelstand dem Kapitalismus ergeben ist, dafür aber um so kräftiger auf den werktätigen Gliedern unseres Volkes herumknüpelt.

Fortschreitender Abfahrtsabgang in der Zementindustrie. Im Oktober ging der Zementabfab erneut um über 10 % zurück, und zwar auf 453 000 Tonnen gegenüber 510 000 Tonnen im September 1930. Der Oktoberabfab 1929 lag mit 677 000 Tonnen rund 50 % über dem des diesjährigen Oktober. Die Hoffnungen, die an das Beschaffungsprogramm der Regierung geknüpft worden sind, haben sich also auch im Oktober nicht erfüllt.

Oesterreichische Wahlergebnisse. Die in der vorigen Nummer des „Grundstein“ mitgeteilten vorläufigen Wahlergebnisse sind bei der endgültigen Berechnung etwas anders ausgefallen. Die Sozialdemokraten haben leider nicht 3, sondern nur 1 Mandat gewonnen. Sie sind damit allerdings die stärkste Partei, da die Christlich-Sozialen 66 Mandate haben, der Schoberblock 19 und der sogenannte Heimatblock 8.

Bekanntmachung des Bundesvorstandes

Ausgeschlossen wurden entsprechend § 16 Ziffer 2 der Bundesfassung vom Bundesvorstand: Georg Schauer, Einschaler, Baugewerkschaft Berlin, geboren 14. März 1883 zu Berlin, eingetretene 27. April 1928 (601 032); Josef Hoffmann, Bauhilfsarbeiter, Baugewerkschaft Greiz, geboren 29. November 1904 zu Gera, eingetretene 16. Februar 1920 (09 753); Ernst Kiemer, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Großenhain, geboren 1. Oktober 1885, eingetretene 17. August 1925 (845 367); Georg Herbig, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Pöfnitz, geboren 30. Januar 1900 in Selbra, Kreis Mansfeld, eingetretene 15. Juli 1924 (729 436); Josef Stella, Zementierer, Baugewerkschaft Saarbrücken, geboren 8. Juni 1902 zu Neubekum, eingetretene 27. Mai 1927 (100 037); Hermann Jacobs, Maurer, Baugewerkschaft Wessenberg, geboren 27. Dezember 1888 in Wessenberg, eingetretene 21. Mai 1916 (536 498).

Vom 6. bis 12. November haben folgende Baugewerkschaften Gelder an die Hauptkasse gefandt: Anklam 200, Amberg 180, Ahrensböck 250, Briel 200, Büsum 90, Bernburg 250, Berlin 410, Borna 1000, Barth 500, Bergen 39,40, Bochum 3226,82, Celle 400, Demmin 200, Driesen 250, Duisburg 71, Elmshorn 500, Frankfurt a. M. 37, Freienwalde 93,75, Greifswald 300, Goldberg 130, Goslar 1000, Greiz 8, Hammerstein 100, Hamm 7,17, Jarmen 100, Jahnitz 100, Jena 4, Küftrin 1000, Krakow 100, Kreuznach 750, Kalkberge 1000, Lyck 2000, Loitz 108,90, Leipzig 10 000, Lübz 450, Raage 114, Mainburg 80, Marburg 300, Münsterberg 350, Nowawes 700, Nordhausen 500, Neustrelitz 200, Osterode 200, Osterburg 130, Penzlin 50, Polzin 100, Pyrmont 12, Rätzlingen 1000, Richenberg 200, Stralsund 350, Sagard 250, Staffurt 503, Striegau 500, Stavenhagen 220, Ueferen 400, Weißenfels 800, Warin 100, Wolgast 140, Wagenfeld 30.

Kalender: Ahrensböck 30, Büsum 9, Breslau 240, Bergen 9, Cofbus 12, Cuxhaven 60, Driesen 18, Dargun 12, Dresden 720, Eschwege 180, Göttingen 120, Helgoland 12, Horneburg 23,40, Insterburg 30, Jahnitz 9, Königsberg 120, Kröpelin 18, Kelbra 15, Landsberg/Lech 12, Liegnitz 60, Ludwigsstadt 18, Münsterberg 18, Osterburg 6, Rabeburg 18, Saarmund 12, Warin 24, Wiesbaden 360, Wittenburg 15. Buchhüllen: Insterburg 37,50, Münsterberg 6, Warin 3.

Verschiedene Schriften: Greifswald 6, Prenzlau 3,60, Templin 8,17. Modellsteine: Heide 4,90, Hof 16,80, Jüterbog 14, Muskau 51,80, Neustrelitz 16,80, Parchim 9,80, Prenzlau 24,41, Schwerin 14. Bundesnadeln: Berlin 25, Kelbra 9,80, Landsberg/Lech 5, Warin 5, Wittenburg 13,15. Bauabend: Dresden 40, Frankfurt a. M. 15,20, Freiburg/Br. 6, Eschwege 1,20, Hamburg 20, Landsberg/Lech 6,80, Oderberg 3,90, Prenzlau 2, Saalfeld 7,40, Saarmund 1,60. Zeitschriften: Bockwitz 4,90, Berlin 11,30, Greifswald 4,50, Orb 34,35, Rabeburg 4,95, Rosenheim 25,20, Sandau 10,90, Templin 4,60, Warin 8,05, Barth, Bayreuth, Driesen, Helgoland, Mainburg, Osterburg, Prenzlau, Ueferen, Jerbst je 1,30.

Gedenktafel verstorbener Mitglieder.

- Bielefeld. (Hillegassen.) Adolf Blome, M., 69 J. alt. (Schilbesche.) Werner Kobusch, Hilfsarb., 25 J. alt
- Calbe a. S. Otto Wohlatz, Löpfer, 70 Jahre alt.
- Dortmund. (Lünen.) Berth. Schwarz, Stukk., 57 J. Dresden. (Söbriken.) Oskar Niepraschk, M., 68 J. (Gorbitz.) Herm. Unger, Maurer, 76 Jahre alt.
- Duisburg. Heinrich Schmidt, Maurer, 60 Jahre alt.
- Düren. Wilhelm Effertz, Hilfsarb., 30 Jahre alt.
- Düsseldorf. Paul Penkalla, Hilfsarb., 32 Jahre alt.
- Friedrich Schmitt, Hilfsarbeiter, 43 Jahre alt.
- Effen (Ruhrt). Gustav Reinhardt, Maurer, 57 J. alt.
- Frankfurt a. M. (Dreieichenhain.) Ernst Keller, St., 62 J.
- Hamburg. Jonny Klawonn, Maurer, 18 Jahre alt.
- Chr. Kuhnholdt, Maurer, 69 Jahre alt.
- Goetlich Lundike, Maurer, 67 Jahre alt.
- Willi Markwordt, Hilfsarbeiter, 54 Jahre alt.
- August Plage, Maurer, 79 Jahre alt.
- Georg Röde, Jolierer, 52 Jahre alt.
- Gottfried Rust, Hilfsarbeiter, 58 Jahre alt.
- Otto Wittig, Hilfsarbeiter, 63 Jahre alt.
- Paul Zimmer, Maurer, 54 Jahre alt.
- Georg Zinser, Tiefbauarbeiter, 19 Jahre alt.
- Königsberg i. Pr. Friedrich Krause, Hilfsarb., 68 J.
- Landeshut i. Schl. Paul Tok, Maurer, 40 Jahre alt.
- Leipzig. Karl Weiße, Fliesenleger, 74 Jahre alt.
- Löbau. (Kleindehja.) Traugott Maucksch, M., 84 J.
- Lüdenscheid. Fritz Fabbender, Hilfsarb., 31 Jahre alt.
- Mainz Christian Appel, Hilfsarbeiter, 54 Jahre alt.
- Magdeburg. Richard Schellhase, Arbeiter, 43 J. alt.
- München. (Westend-Bavaria.) B. Lehner, M., 64 J.
- Neustadt a. d. h. Jakob Dörr, Maurer, 58 Jahre alt.
- Nowawes. Willi Wagener, Hilfsarb., 67 Jahre alt.
- Nürnberg. Georg Ehrbar, Hilfsarb., 44 Jahre alt. (Günzenhausen.) Georg Hübner, Hilfsarb., 64 J.
- Konrad Keilholz, Hilfsarbeiter, 42 Jahre alt.
- Osch. Alfred Mak, Maurer Lg., 19 Jahre alt.
- (Dahlen.) Karl Schrotth, Maurer, 29 Jahre alt.
- Reinfeld. Wilh. Köster, Maurer, 39 Jahre alt.
- Schweidnitz. (Kammerau.) Aug. Scholz, M., 61 J. alt.
- Velten. Gustav Möser, Ofenformer, 72 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Paul Birt, Stukkateur, etwa 27 Jahre alt, geboren in Rottweil (Schwaben), wird gesucht. Über seinen Aufenthalt weiß, wird gebeten, dies mitzuteilen. Heinrich Müller, Stukkateur, Weidenmündig (Bez. Koblenz), Wollstraße 65.

